

# JUNG+LIBERAL

Das MITGLIEDERMAGAZIN der Jungen Liberalen



## Zukunft, Verantwortung - FREIHEIT? Liberalismus auf dem PRÜFSTAND





RUNDUM-SCHUTZ  
FÜR STUDIERENDE:  
[www.debeka.de/studium](http://www.debeka.de/studium)

Krankenversicherung

# IHRE ABSICHERUNG IM AUSLAND



Umfangreicher Krankenversicherungsschutz für Auslandsaufenthalte zu Ausbildungszwecken (z. B. Auslandssemester, Work & Travel, Au-pair u.v.m.)

**Debeka**

Das **Füreinander** zählt.



**PASCAL SCHEJNOHA (28)** ist Chefredakteur der jung+liberal und Mitglied im Bundesvorstand. Er kommt aus Baden-Württemberg und hat bereits das Mitgliedermagazin „Juliette“ auf Landesebene betreut. Du erreichst ihn unter [schejnoha@julis.de](mailto:schejnoha@julis.de)

# Liebe Julis,

seit dem 23. Februar haben wir die traurige Gewissheit: Zum zweiten Mal in ihrer Geschichte haben die Freien Demokraten den Einzug in den Deutschen Bundestag verpasst. Diese Niederlage schmerzt und sitzt vielen von uns auch Wochen danach noch in den Knochen – auch und gerade weil sie im Ergebnis so deutlich ausgefallen ist.

Die FDP fehlt bereits jetzt im Bundestag, das hat die traurige und schuldenreiche Wählertäuschung von Friedrich Merz gezeigt. Mit einem Schlag erhöht die künftige Bundesregierung den Schuldenstand Deutschlands um 500 Milliarden Euro und damit um ein Fünftel der bisherigen Staatsverschuldung. Die junge Generation wird diese Last mit Zinsen zurückzahlen müssen und kann sich nicht sicher sein, dass diese Schulden am Ende tatsächlich zu Investitionen in die Infrastruktur führen. Denn dieser Begriff wird natürlich nicht weiter ausdifferenziert – sehr zur Freude der staatsgläubigen Sozialdemokraten, die jedes Problem einfach mit mehr Geld zuschütten wollen.

Doch so sehr es eine Stimme der Freiheit im Parlament braucht: Innerhalb der liberalen Familie müssen wir uns dringend hinterfragen und genau analysieren, warum die Menschen unseren Ideen und Konzepten kein Vertrauen mehr geschenkt haben. Denn klar ist: Die FDP hat ihre Lehren aus dem letzten Ausscheiden 2013 in weiten Teilen leider wieder vergessen.

Die nächsten Wochen und Monate werden richtungsweisend sein: Der Weg zurück aus der APO wird uns nur gelingen, wenn die Freien Demokraten zu einem ehrlichen Modernisierungsprozess bereit sind. Ein „Weiter so“ oder die Verengung auf ein bestimmtes Spektrum des Liberalismus werden dabei nicht zum Erfolg beitragen. Stattdessen müssen wir uns auf den Weg machen und mit stetem Blick auf das bestehende Leitbild der FDP neue Wege der Kommunikation liberaler Inhalte entwickeln.

Der Erneuerungsprozess wird auch bei den Jungen Liberalen nicht ausbleiben. Im APO-Modus kommt es ganz

besonders darauf an, dass wir resiliente Strukturen im Verband schaffen, um den JuLi-Spirit in die nächsten Generationen weiterzutragen. Dazu kann jeder Einzelne von uns einen Beitrag leisten, denn der Einsatz für freiheitliche Ideale ist erst recht wertvoll, wenn der politische Kurs gerade im Keller steht. Wenn Du gerade diese Zeilen liest, dann werte ich das als positives Zeichen, dass auch Du Teil dieser Reise sein möchtest. Danke! Ich bin sicher, es lohnt sich!

Eine Zeit der Erneuerung gibt es auch in diesem Magazin: Nach fünf Ausgaben gibt Samuel Kessler den Staffelstab der Chefredaktion weiter und ich bedanke mich bei ihm und unserer Co-Chefredakteurin Celine Eberhardt für seine engagierte Arbeit in den vergangenen Magazinen. Als Bundesvorstand haben wir uns dazu entschlossen, die Chefredaktion im Zuge der Neuaufstellung für die APO bis auf Weiteres im Vorstand anzusiedeln. Als jemand, der in seiner Zeit im Landesvorstand der JuLis Baden-Württemberg bereits das landeseigene Mitgliedermagazin „Juliette“ betreuen durfte, freue ich mich nun sehr, diese Aufgabe für die j+l zu übernehmen. Ihr dürft gespannt sein!

**Euer Pascal**

Hier in den  
Autorenverteiler  
eintragen





Seite 5  
**JULIA HEHL:**  
Bildungspolitik  
der Zukunft



Seite 6  
**FRANZISKA BRANDMANN:**  
Jetzt kommt Mission  
Erneuerung



Seite 10  
**PAAVO CZWIKLA:**  
Antiliberaler Demokrat:  
Lernen von Carl Schmitt



Seite 12  
**INTERVIEW:**  
Konstantin Kuhle im Interview  
mit Paavo Czwikla



Seite 14  
**MAXIMILIAN REITER:**  
Nachruf auf Gerhart Baum



Seite 17  
**HELENA HERZIG:**  
Klimaschutz als  
Businesscase



Seite 18  
**BASTIAN RUHL:**  
Freie Digitale Partei



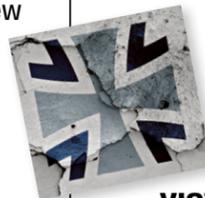
Seite 20  
**MATS-OLE MARETZKE:**  
Donald Trump 2025



Seite 22  
**KERRY HOPPE:**  
Bedingt reformbereit:  
Die Bundeswehr im Kampf mit  
den eigenen Strukturen



Seite 24  
**VICTORIA KAMPRATH:**  
Zwischen Freiheit  
und Sicherheit



Seite 26  
**MAX STEINMANN:**  
Das Weimarer Dreieck



Seite 28  
**DANIEL BÖHLER:**  
Krieg in Europa,  
zaudern in Brüssel?



Seite 30  
**NIKOLAI OTT:**  
Bekenntnisse eines  
Transatlantikers



Seite 32  
**FINN PFALLER:**  
Buchempfehlung: "Nie  
wieder hilflos!  
Ein Manifest in Zeiten  
des Krieges"  
von Norbert Röttgen

Seite 3 Editorial  
Seite 32 in eigener Sache  
Seite 35 Impressum

# Bildungspolitik der Zukunft



Potenziale nutzen, Blockaden lösen!

## Frühkindliche Bildung: Das Fundament für eine erfolgreiche Zukunft

**B**ekanntlich sind die ersten Lebensjahre entscheidend für den späteren Bildungserfolg. Trotzdem bleibt die frühkindliche Bildung ein Flickenteppich mit großen Qualitätsunterschieden. Das muss sich ändern: Wir brauchen einen bedarfsgerechten Ausbau von Kitas, Tagespflegeangeboten und frühkindlichen Bildungsprogrammen in Bibliotheken oder Kulturzentren. Neben klassischen Einrichtungen sollten Modelle, wie betriebliche oder flexible wohnortnahe Betreuung verstärkt angeboten werden.

Laut der Bertelsmann Stiftung fehlen in Deutschland - insbesondere im Westen - rund 430.000 Kita-Plätze. In Ostdeutschland hingegen ist eine Fachkraft für zu viele Kinder zuständig. Das zeigt: Der Beruf der Erzieherin und des Erziehers muss dringend attraktiver werden: Durch leistungsgerechte Bezahlung, gesellschaftliche Wertschätzung und vereinfachte Quereinstiegsoptionen für Menschen mit pädagogischem Talent und Berufserfahrung. Hohe Qualitätsstandards müssen sicherstellen, dass alle Kinder - unabhängig von sozioökonomischer Herkunft oder Wohnort - die bestmögliche Förderung erhalten. Denn Bildung beginnt nicht erst in der Schule - sie beginnt mit den ersten Lebensjahren.

## Schule entfesseln: Leistung fördern, Zukunft gestalten!

**U**nsere Schulsystem steckt in veralteten Strukturen fest. Starre Lehrpläne, Frontalunterricht und ein Mangel an digitaler Infrastruktur bremsen das Potenzial der Schülerinnen und Schüler aus. Schule soll Wissen vermitteln, aber sie muss junge Menschen auch dazu befähigen, Verantwortung zu übernehmen und kreativ zu denken. Statt Gleichmacherei braucht es eine Kultur der

Leistungsbereitschaft, in der Anstrengung belohnt und individuelles Talent gefördert wird. Lehrkräfte müssen dabei als Vorbilder agieren - mit Begeisterung für ihren Beruf und Mut zu modernen Lehrmethoden.

Ein massives Problem dabei: Der Lehrkräftemangel. Bis 2030 fehlten laut der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) über 110.000 Lehrkräfte - eine alarmierende Zahl, die die Bildungsqualität bedroht. Der Lehrkräfteberuf muss attraktiver werden: Durch eine praxisnahe Ausbildung und durch erleichterte, qualitativ hochwertige Quer- und Seiteneinstiegsoptionen. Menschen mit Fachwissen aus der Praxis und Berufserfahrung - z.B. MINT-Fächern oder Wirtschaft - sollten effizienter für den Schulunterricht qualifiziert werden können. Doch nicht nur das Personalproblem muss gelöst werden - auch die Inhalte müssen zukunftsorientierter werden. Die Anforderungen der Arbeitswelt verändern sich rasant. Schulen müssen junge Menschen besser darauf vorbereiten. Future Skills, also Kompetenzen, die in den kommenden Jahren für das Berufsleben und gesellschaftliche Teilhabe entscheidend sein werden, müssen mehr Raum im Unterricht bekommen. Das Future-Skills-Framework zeigt, dass besonders die Gestaltung transformativer Technologien (KI, Smart Hardware, Robotik) sowie digitale und nicht-digitale Schlüsselqualifikationen (digitale Interaktion, Adaptionsfähigkeit, unternehmerisches Denken) immer wichtiger werden. Hier muss Schule dringend nachbessern.

Darüber hinaus brauchen wir ein Schulsystem, das individuelle Stärken erkennt und gezielt fördert. Learning Analytics kann helfen, Lernfortschritte besser nachzuvollziehen und Schülerinnen und Schüler personalisiert zu unterstützen. Gleichzeitig muss endlich der überholte Bildungsföderalismus reformiert werden - es kann nicht sein, dass 16 Bundesländer aneinander vorbeiregieren und Bildungschancen vom Wohnort und Mobilität abhängen. Mehr Freiheit und eine

klare Leistungsorientierung: Das ist der Weg zu einer besseren Bildung.

## Bildung hört nie auf: Lebenslanges Lernen als Standard

**Z**eiten, in denen eine Ausbildung oder ein Studium für das gesamte Berufsleben ausreichen, sind längst vorbei. Weiterbildung und Umorientierung müssen selbstverständlicher Teil des Arbeitslebens werden. Hier kann Politik durch steuerliche Anreize und den Abbau bürokratischer Hürden helfen. Unternehmen und Bildungsanbieter sollten innovative Modelle wie Micro-Degrees und digitale Weiterbildungsplattformen stärker vorantreiben.

## Fazit: Jetzt handeln!

**D**eutschland steht vor einer gewaltigen (bildungs-)politischen Herausforderung. Generell gilt: Deutschland leidet unter zu vielen, ineffizienten Doppelstrukturen. Bildungsbürokratie muss abgebaut, Entscheidungswege gestrafft werden. Nur so bleibt genug Spielraum für Investitionen in eine wirklich zukunftsfähige Bildungspolitik.



**TEXT: JULIA HEHL (33)**  
ist Bundesarbeitskreisleiterin  
für Bildung, Forschung und Kultur der  
Jungen Liberalen. Ihr erreicht sie unter  
[hehl.julia@web.de](mailto:hehl.julia@web.de)

TEXT: FRANZISKA  
BRANDMANN (30)

ist seit 2021 Bundesvorsitzende der  
Jungen Liberalen und seit 2009  
Mitglied der JuLis. Du erreichst Sie unter  
[brandmann@julis.de](mailto:brandmann@julis.de)  
oder bei Instagram  
[@franziskabrandmann](https://www.instagram.com/franziskabrandmann)



Die Mission "Einzug in  
den Bundestag" ist gescheitert.

# Jetzt kommt Mission Erneuerung

## Liebe Julis,

die FDP ist nicht mehr Teil des Deutschen Bundestages – und diese Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger ist noch nicht einmal knapp ausgefallen, wie das endgültige, amtliche Wahlergebnis zeigt. Wenn ich an die ersten Tage nach der Bundestagswahl denke, dann denke ich vor allem an die riesige Enttäuschung zurück, die ich gefühlt habe, nachdem das Ergebnis bekannt geworden war. Enttäuschung, weil mir in dem Moment klar war, dass dieses Land sich ohne die Freien Demokraten im Bundestag in eine Richtung von mehr Verschuldung, weniger Generationengerechtigkeit und weniger ehrlicher Priorisierung bewegen würde. Enttäuschung, weil ich an die vielen Jungen Liberalen gedacht habe, die mit soviel Hingabe Kandidaturen aus dem Boden gestampft und Wahlkampf gemacht haben und die nun weder persönlich noch durch andere Junge Liberale im Bundestag vertreten sein würden. Enttäuschung, weil wir in den letzten Wahlkampfwochen so viel Zuspruch er-

fahren hatten und der Einzug dann dennoch so eindeutig verpasst wurde.

Aber in Enttäuschung zu verharren, das liegt Liberalen fern. Jetzt liegt vor uns erneut eine Zeit der außerparlamentarischen Opposition. Sich aus dieser Lage erneut zurückzukämpfen in die Herzkammer der Demokratie, das ist alles andere als ein Selbstläufer. Aus der letzten Zeit, in der es den Jungen Liberalen so erging, habe ich vor allem drei Dinge mitgenommen:

**Erstens:** Ein Wiedereinzug in den Bundestag funktioniert nicht ohne eine selbstkritische Analyse der Fehler, die gemacht wurden.

**Zweitens:** Für den Wiederaufbau einer Partei braucht es Erneuerung, sei es durch neue Personen und neue Ideen – oder beides.

**Drittens:** Den Jungen Liberalen kommt bei der Mission "Wiedereinzug in den Bundestag" eine wichtige Rolle zu.

Ich habe mit vielen von Euch bereits über mögliche Gründe für die klare Wahlniederlage gesprochen. Sicher ist: Es gibt sicher keinen einzigen, monokausalen Auslöser. Ich persönlich bin der Meinung, dass vor allem die folgenden vier Faktoren zum schlechten Abschneiden beigetragen haben:

## Strategische Wahlargumente ersetzen keine Vision für unser Land

Die FDP hat im Wahlkampf sehr stark mit strategischen Argumenten für sich geworben. Zunächst hat sie sich als einzige Partei dargestellt, mit welcher der Union ein Politikwechsel gelingen würde, zuletzt hat sie mit der Begründung zur Wahl der FDP aufgerufen, dass die Regierungsbeteiligung der FDP eine Regierungsbeteiligung der Grünen unmöglich machen würde. Wir Jungen Liberalen haben diese Entwicklung zwar nicht mit vorangetrieben, aber haben uns dem auch nicht versperrt und haben das – zwei Wochen vor der Bundestagswahl und bei 4% in den Umfragen – auch nicht öffentlich kritisiert. Rückblickend betrachtet bin ich der festen Überzeugung, dass die 4,33%, die wir erhalten haben, deutlich zeigen: Taktische Wahlargumente für eine Partei reichen nicht aus. Wählerinnen und Wähler wählen eine Partei nicht in den Bundestag, um eine andere Partei zu verhindern, sondern sie wählen eine Partei in den Bundestag, weil sie hinter der Vision dieser Partei für die Zukunft unseres Landes stehen. Diese Vision war im Wahlkampf zu blass, zu defensiv, zu begrenzt.

## Der FDP hat die (personelle und inhaltliche) Breite gefehlt

Christian Lindner war und ist ein Ausnahmepolitiker. Ich kann mich noch gut an die Begeisterung und das Aufbruchgefühl erinnern, das in der FDP aufkam, als er sich für den Parteivorsitz bewarb. In den darauffolgenden Jahren hat er sich unfassbar verdient gemacht um den Liberalismus in Deutschland. Gleichzeitig muss man feststellen: Die FDP hat sich zu abhängig von ihm gemacht. Während in anderen Parteien in der gleichen Zeit ganz neue Politiker-Generationen entstanden sind, die viel Öffentlichkeit für ihre jeweilige Partei

geschaffen, neue Zielgruppen erschlossen und neue Ideen mitgebracht haben, wurde unsere Partei in erster und zweiter Linie durch Christian Lindner repräsentiert. So wurde die Partei deutlich weniger breit wahrgenommen, als sie eigentlich ist.

## Die FDP hat zu sehr als Echokammer fungiert

Mein Eindruck ist: Das D-Day-Papier und der unprofessionelle Umgang damit haben die FDP nachhaltig Glaubwürdigkeit gekostet. Diesen Eindruck zu äußern, wurde in manchem Gremium als größere Störung empfunden, als das D-Day-Papier und der Umgang mit ihm selbst. Aus Unternehmen und Organisationen wissen wir: Wenn man Dinge, die offensichtlich schlecht funktionieren, nicht offen ansprechen kann, dann bewegt man sich in einer Echokammer, die sich immer weiter von der Gesellschaft entfernt, die um sich selbst kreist und in der man nichts zum Besseren ändern kann. Ich bin überzeugt: Das können wir besser.

## Wir JuLis waren nicht so schlagkräftig, wie wir es in der Vergangenheit schon waren.

Wer mit der FDP hart ins Gericht geht, muss das auch mit sich selbst tun. Ich bin stolz auf den Wahlkampf, den wir uns JuLis auf die Beine gestellt haben – stolz auf unsere professionelle Kampagne, darauf, dass wir das höchste Werbebudget in der Geschichte des Verbandes mobilisieren konnten und auf die Gamification, an der viele Untergliederungen begeistert teilgenommen haben. Ich glaube, wir müssen den Vergleich mit anderen Jugendorganisationen im Wahlkampf nicht scheuen. Aber: Wir Jungen Liberalen wurden in den letzten Jahren zu stromlinienförmig, zu parteinah wahrgenommen. Während wir beim Rentenpaket II gezeigt haben, was in uns steckt – nämlich die Kraft, ein bereits

im Kabinett geeintes Gesetz aufhalten zu können – haben wir unsere abweichende Meinung sonst zu oft lediglich intern und nicht öffentlich vorgetragen. Auch bei Themen der Parteimodernisierung haben wir zwar die FDP genervt, konnten aber keine entscheidenden Veränderungen erreichen, weil in Regierungszeiten stets etwas anderes dringlicher erschien. Das schien im jeweiligen Moment stets nachvollziehbar – rückblickend betrachtet haben wir aber zu wenig unternommen, um die FDP zu Veränderungen zu bewegen, die notwendig gewesen wären.

## Was denkt Ihr?

Ich bin mir sicher, viele von Euch werden einige meiner Punkte teilen und sich an anderen dieser Punkte stoßen. Umso wichtiger, dass wir darüber ins Gespräch kommen. Auf unserer Verbandskonferenz Anfang Mai, bei der über 100 Funktionsträger der JuLis zusammenkommen, und auf unserem Bundeskongress werden wir dafür ausreichend Gelegenheit haben. In der Zwischenzeit freue ich mich, wenn Ihr mir Eure Gedanken (per Mail oder Instagram-DM) zukommen lasst!

## Und jetzt? Der Blick nach vorne!

Natürlich darf eine Fehleranalyse nie in der Selbstbeschäftigung enden. Der Blick in die Vergangenheit ist kein Selbstzweck – sie ermöglicht uns, eine bessere Zukunft zu bauen. Und auf die ist der organisierte Liberalismus zwingend angewiesen! Deutschland braucht eine liberale Partei – aber die wird es nur geben, wenn die FDP in Zukunft wieder als ein überzeugendes Angebot wahrgenommen wird. Ihr habt mir in den letzten Wochen unzählige Nachrichten geschrieben und Eure Ideen und Eure Forderungen mit auf den Weg gegeben. Hier möchte ich vier Gedanken mit Euch teilen, die aus meiner Sicht unerlässlich für eine

# Der Blick in die Vergangenheit ist kein Selbstzweck – sie ermöglicht uns, eine bessere Zukunft zu bauen.

positive Zukunft des organisierten Liberalismus in Deutschland sind:

## “Erneuerung” kommt nicht von “weiterarbeiten”

Christian Dürr hat erst vor kurzem, Mitte März, angekündigt, für den FDP-Parteivorsitz zu kandidieren. Noch wissen wir Jungen Liberalen nicht, welche Pläne er für die Partei hat, welche Inhalte er nach vorne stellen will und inwiefern er die Jungen Liberalen als möglicher Parteivorsitzender an der Neuaufstellung der FDP beteiligen will. Als ehemaliger Fraktionsvorsitzender war Christian Dürr in den letzten Jahren an allen wichtigen (Fehl-)Entscheidungen beteiligt. Es ist deshalb zentral, dass wir Jungen Liberalen deutlich machen: Der Anspruch des neuen Parteivorsitzenden darf nicht sein, dort weiterzumachen, wo die Partei im Februar aufgehört hat. Vielmehr braucht es den Anspruch, die Partei zu erneuern. Wir Jungen Liberalen werden diesen Erneuerungsprozess nicht nur einfordern, sondern uns auch in ihn einbringen. Unser Beschluss “FDP 2025” wird uns dabei eine Richtschnur, aber nicht das Ende der Fahnenstange sein.

## Liberaler im Team? Unschlagbar.

Die liberale Familie ist eine Familie der Individualisten. Bei uns tummeln sich so viele unterschiedliche Köpfe, Ideen und Lebensentwürfe. Ich wünsche mir eine Partei, die das als Stärke versteht und diese Stärke offensiv ausspielt. Deshalb ist aus meiner Sicht zentral, dass wir auf dem Bundesparteitag im Mai nicht nur einen neuen Bundesvorsitzenden, sondern auch ein Team wählen, das die Erneuerung unserer Partei gemeinsam vorantreibt und die Partei nach außen so breit darstellt, wie sie ist. Dabei müssen neue Gesichter eine wichtige Rolle spielen. Auch der Umgang untereinander in unserer Partei muss sich an diesem Team-Gedanken orientieren. Durchstechereien aus Gre-

mien-Sitzungen an die Presse, das schlechte Reden übereinander vor Pressevertretern, das Hochjagen von Flügelkämpfen – das ist für jede Partei, jedes Unternehmen und jede Organisation eine empfindliche Schwächung der Gesamtheit, die es sofort abzustellen gilt. Genau das muss das neue Team ausstrahlen und vorleben.

## Packende Debatten? Auf die Parteitage!

Sollte die liberale Partei Deutschlands als Partei der Selbstbestimmung nicht auch eine Reform von §218 einfordern? Erfordern die neuen, sicherheitspolitischen Zeiten eine Musterungspflicht? Wie machen wir unser Land vom Beamtenland Nr. 1 wieder zu einem Land, in dem Selbstständige gerne arbeiten, weil sie wissen, dass sich das für sie ebenso lohnt? All diese und viele weitere Fragen sollten wir auf zukünftigen Parteitage mit großem Eifer diskutieren, statt zum gefühlt fünften Mal hintereinander in einem neuen Antrag zu bekräftigen, dass wir Entbürokratisierung wollen. In Deutschland und Europa wird es in den nächsten Jahren um die Wurst gehen – Schaffen wir wieder Debatten, die unserer Gegenwart und unserer Vision der Zukunft gerecht werden!

## JuLis? Neu aufstellen!

Nicht nur die Freien Demokraten müssen sich neu aufstellen. Für mich stand immer fest: Nach vier Jahren als Bundesvorsitzende der Jungen Liberalen, nachdem ich zum letzten Mal einen Bundestagswahlkampf begleiten und verantworten durfte, nachdem ich bereits im vergangenen Jahr dreißig Jahre alt geworden bin und somit innerhalb einer Jugendorganisation “zum alten Eisen” gehöre, ist es auf dem kommenden Bundeskongress an der Zeit, Platz für neue Köpfe und neue Ideen zu machen. Dieser Idee schließt sich der gesamte Bundesvorstand an, sodass wir auf dem kommenden Bundeskongress ein neues JuLi-Team wäh-

len werden, das sich der Mission verschreibt, die Jungen Liberalen wieder mutig aus der außerparlamentarischen Opposition herauszuführen. Das wird gut! Die gefühlige Verabschiedung spare ich mir noch für den eigentlichen Abschied, da ich mein Amt bis zur Staffelübergabe an das neue Team natürlich gewissenhaft ausführen werde.

## Liebe JuLis,

am Abend der schlimmsten Wahlniederlage in der Geschichte der Freien Demokraten gab es bei den Jungen Liberalen 55 Neueintritte und keinen einzigen Austritt. Ich schreibe diesen Text auf dem Weg zum Landeskongress der JuLis Niedersachsen – dem drittgrößten Landeskongress, den es dort jemals gegeben hat. Wenn ich auf die Jungen Liberalen schaue, sehe ich einen Verband voller junger, liberaler Überzeugungstätter. Das macht Mut! Auf Euch alle wird es in den nächsten Wochen und Monaten ankommen.

Der neue Deutsche Bundestag ist noch gar nicht zusammengekommen, dennoch hat die neue Bundesregierung diesem Land bereits Rekordschulden aufgebürdet. Die Rentenbeiträge werden in historischem Ausmaß ansteigen. Ich fürchte, dass die neue Regierung ihren Bürgerinnen und Bürgern nicht nur in die Tasche, sondern auch in ihre Computer, Laptops und Handys greifen will – die Einführung der Vorratsdatenspeicherung wäre ein riesiger Rückschritt für unser Land. All diese Beispiele zeigen mir deutlich: Es braucht so dringend eine liberale Partei, die bald wieder im Deutschen Bundestag vertreten ist und für mehr Freiheit von Bürgerinnen und Bürgern streitet. Machen wir uns auf den Weg.

Jetzt gilt es: Starten wir das Projekt Erneuerung.

# Eure Franziska

Wählerinnen und Wähler wählen eine Partei nicht in den Bundestag, um eine andere Partei zu verhindern, sondern sie wählen eine Partei in den Bundestag, weil sie hinter der Vision dieser Partei für die Zukunft unseres Landes stehen.

Die Schwäche(n) des Liberalismus

# Antiliberaler Demokrat: LERNEN VON CARL SCHMITT

# W

enn es einen Wettbewerb für die erfolgreichste politische Denkrichtung gäbe: Der politische Liberalismus hätte gute Chancen aufs Finale. Hier stünde er wohl dem Sozialismus gegenüber, der sich als "demokratischer Sozialismus" über den Träger der Sozialdemokratie in vielen europäischen Staaten als dominante Denkschule verankert hat.

Zum "demokratischen Sozialismus" als Widerspruch in sich sei an Guido Westerwelle erinnert: "Einen demokratischen Sozialismus gibt es ebenso wenig wie einen vegetarischen Schlachthof." Während diese Polemik in der politischen Auseinandersetzung wunderbar funktioniert und die zugrundeliegende Position ihre Berechtigung aus der Geschichte und der politischen Praxis zieht, sollte es sich die politische Philosophie mit dem "demokratischen Sozialismus" doch nicht so leicht machen. Weshalb?

Der Begriff "demokratischer Sozialismus" weist auf verschiedene und unterscheidbare Bestandteile. Wir können da-

raus die vermeintliche Trivialität ableiten, dass Demokratie und Sozialismus zwei unterschiedliche Prinzipien sind. Gleiches gilt für Liberalismus und Demokratie. Diese Erkenntnis ist der Ausgangspunkt für eine Betrachtung der politischen Entwicklung nach 1945: Zunächst im sog. freien Westen, ab 1990 auch im ehemaligen Ostblock. Was wir hier sehen, lässt sich wie folgt zusammenfassen: Demokratie und Liberalismus sind eine Verbindung eingegangen, die in der jüngsten Geschichte und unserer Gegenwart den Grat einer Verschmelzung beider Konzepte erreicht hat, insb. in der Beschreibung politischer Entwicklungen und staatlicher Institutionen.

Wer in den letzten Jahrzehnten von "Demokratie" sprach, der meinte in aller Regel eine parlamentarische Demokratie, die (in weiten Teilen) nach liberalen Prinzipien funktioniert: Herrschaft des Rechts, Privateigentum und -autonomie, Gewaltenteilung, um nur wenige zentrale zu nennen. Es ist dieser begrifflichen Verschmelzung und der resultierenden Unschärfe geschuldet, dass Viktor Órbans "illiberale" Demokratie mit schmunzelndem Unverständnis kommentiert wird. In Unverständnis resultiert auch jeder Versuch, die Schwäche des politischen Liberalismus ohne Berücksichtigung dieser Verschmelzung zu ergründen.

Dass der politische Liberalismus schwächtelt, ist als These (leider) gesetzt. Sowohl parteipolitisch als auch institutionell ist der Liberalismus angegriffen. Das Vertrauen in seine Institutionen erodiert zusehends, seine Überzeugungskraft schwindet. Das ist historisch kein einmaliger Vorgang. Auch in der Weimarer Republik der ausgehenden 1920er und frühen 1930er Jahre sahen sich die Institutionen der liberal-demokratisch konstituierten Weimarer Republik mit einer solchen Entwicklung konfrontiert.

Der bedeutendste intellektuelle Kritiker des politischen Liberalismus war damals der Jurist und politische Philosoph Carl Schmitt. Schmitts Lebensweg war von einem mindestens opportunistischen, mitunter auch wohlwollenden Verhältnis zum Nationalsozialismus geprägt. Er war NSDAP-Mitglied seit 1933 und galt zeitweilig als "Kronjurist des NS-Staates", bis er 1936 entmachtet wurde. Unzweifelhaft war Schmitt Antisemit. Trotz seiner schweren charakterlichen Mängel kann sich insbesondere die liberale Familie das Urteil über Schmitt nicht leisten, dass 1985 nach seinem Tod der Politologe Kurt Sontheimer gesprochen hat:

"Wem die liberale, das heißt, die freiheitliche Demokratie am Herzen liegt, der braucht Carl Schmitt nicht."

Dieses Urteil ist symptomatisch für die mangelnde Bereitschaft, Widersprüche und Widersprüchlichkeiten zu dulden, die unsere gesellschaftlichen Diskurse zunehmend prägt. Gerade Liberale sollten deshalb von einem ausgesprochenen und entschiedenen Gegner wie Schmitt lernen. Dessen Kritik kreist um das Konzept der politischen Gemeinschaft, mit dem der Liberalismus durch seinen Fokus auf den Einzelnen auf Kriegsfuß stehe.

Schmitt führt zur Betrachtung dieser These das auch über die politische Philosophie hinaus bekannt gewordene Freund/Feind-Denken ein, indem er den "Begriff des Politischen" definiert sieht: Das Politische ist für Schmitt, löst man seine Position aus der scharfen, polemischen Rhetorik der 1920er Jahre, die Fähigkeit der Unterscheidung: Die Schaffung eines "Wir", einer Gemeinschaft, durch die Abgrenzung von etwas anderem, namentlich einer anderen Gemeinschaft. Diese Gemeinschaften sieht Schmitt historisch im Nationalstaat des 19. Jahrhunderts verwirklicht, theoretisch lässt er jedoch auch andere Distinktionsmerkmale wie bspw. Ethik oder Religion gelten.

Sein Vorwurf an die Liberalen: Diese Gemeinschaft kann und will der Liberale nicht begründen. Sein ethischer Individualismus ("Die Freiheit des Einzelnen

ist Grund und Grenze liberaler Politik") ist unfähig, die grundsätzliche Unterscheidung von Freund und Feind durchzuführen. Wir sehen diese Kritik in unserem liberalen Bekenntnis zu den Menschenrechten verwirklicht. Schmitt: „Der Begriff der Menschheit schließt den Begriff des Feindes aus, weil auch der Feind nicht aufhört, Mensch zu sein“. Der individualethische Anspruch der Liberalen ist zugleich ein sozialetischer, wie Schmitt auf den Punkt bringt:

"Was der Liberalismus von Staat und Politik gelten lässt, beschränkt sich darauf, die Bedingungen der Freiheit zu sichern und Störungen der Freiheit zu beseitigen."

Die liberalen Prinzipien von Diskussion, Öffentlichkeit (der Politik) und der Gewaltenteilung seien nur zu dem Grund geschaffen, den Staat – historisch den Monarchen – einzuhegen. Seine Macht gewinnt Schmitts Kritik dadurch, dass Liberale seiner Konzeption des politischen Liberalismus durchweg folgen können. Die Beschreibung ist präzise, zutreffend und deshalb eine so große Herausforderung für uns.

Damit kommen wir zurück zum Ausgangspunkt: Schmitt wirft den Liberalen vor, sich der Demokratie bemächtigt zu haben, die sich für ihn (nach Rousseau) wesentlich durch die Identität von Herrschen-

den und Beherrschten auszeichnet. Demokratie zeichnet sich dadurch für Schmitt wesentlich durch Homogenität aus – eine Homogenität, die der Liberalismus zugunsten des Einzelnen aufzulösen suche. Berühmt geworden ist Schmitts Kritik an der geheimen Einzelabstimmung, die wir heute für einen Grundpfeiler der (liberalen) Demokratie halten: „Der konsequente Durchführung der geheimen Einzelwahl verwandelt den Staatsbürger, den citizen, in einen Privatmann, der aus der Sphäre des Privaten heraus eine Privatmeinung äußert. Geheime Einzelabstimmung bedeutet, dass der abstimmende Staatsbürger im entscheidenden Augenblick isoliert wird. Das Volk wählt und stimmt nicht mehr als Volk."

Vor diesem Hintergrund, so Schmitt, sei die liberale "Herrschaft des Rechts" nichts anderes als die Herrschaft derjenigen "welche die Rechtsnormen setzen und handhaben". Der Rechtsstaat ist für Schmitt das zentrale Machterhaltungsinstrument liberaler Eliten. Diese Analyse ist zutiefst antiliberal. Sie muss uns erschrecken – und wachrütteln. Denn Schmitts Gedankengut ist en vogue. Es gewinnt an Einfluss, die illiberale Demokratie schmittscher Denkart ist auf dem Vormarsch.

Um ihr die Stirn zu bieten, müssen wir zentrale Lektionen von Carl Schmitt annehmen. Die mangelnde Bindungskraft eines politischen Liberalismus, der eine Gesellschaft ausschließlich als Ansammlung von Individuen betrachtet, gefährdet die liberalen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte. Wenn das Bündnis von Liberalismus und Demokratie halten soll, müssen wir erkennen und verinnerlichen, dass wir auf den Begriff der "Demokratie" als Liberale kein Monopol haben. Diese Erkenntnis kann uns der Antiliberaler Carl Schmitt bringen, der sich zeitlebens als Demokrat bezeichnet hat.



**TEXT: PAAVO CZWIKLA (30)**  
ist seit 2021 stellv. Bundesvorsitzender der Jungen Liberalen und studiert Philosophie. Für seine Abschlussarbeit forscht er u.a. zur politischen Philosophie Carl Schmitts. Du erreichst ihn unter [czwikla@julius.de](mailto:czwikla@julius.de)

# Interview

## mit Konstantin Kuhle



Konstantin Kuhle (36) war von 2014 bis 2018 Bundesvorsitzender der Jungen Liberalen in der außerparlamentarischen Opposition. Von 2017-2025 saß er für die FDP Niedersachsen im Bundestag, deren Landesvorsitzender er auch ist. Konstantin Kuhle ist Rechtsanwalt und hat einen Lehrauftrag an der Universität Göttingen.

**Paavo:** Hallo Konstantin! Vielen Dank, dass Du Dir für uns Zeit genommen hast.

**Konstantin:** Gerne!

**PC:** Wenn diese Ausgabe der jung+liberal erscheint, wird die FDP nicht mehr im Deutschen Bundestag vertreten sein. Wie hast du den Wahlabend persönlich erlebt?

**KK:** Ich habe den Wahlabend bei der Wahlparty der FDP in Hannover verbracht – und damit im Kreise vieler freiwilliger Helferinnen und Helfer und vieler Kandidatinnen und Kandidaten, auch aus den Reihen der Jungen Liberalen, die sich während eines schwierigen Winterwahlkampfes für die Partei eingesetzt haben. Es tut weh, dass sich dieses Engagement nicht ausgezahlt hat.

**PC:** Hast Du für Dich die Wahl bereits analysieren können? Warum haben die Freien Demokraten diese historische Wahlniederlage eingefahren?

**KK:** Wir müssen aufpassen, dass die Aufarbeitung des Wahlkampfes nicht zu einem Ritual verkommt, bei dem man reflexhaft dieselben Argumente vorträgt, die man schon seit Monaten und Jahren hört. Eine selbstkritische Aufarbeitung braucht Zeit und Daten – nicht nur zur Wählerwanderung, sondern auch zur Veränderung der politischen Einstellungen in der Bevölkerung.

**PC:** Du hast die JuLis als unser Bundesvorsitzender von 2014 bis 2018 durch die APO geführt. Wie hast du diese Zeit direkt nach dem Ausscheiden 2013 erlebt?

**KK:** Vor der Bundestagswahl 2013 hatten die Jungen Liberalen ihre eigene Bundesgeschäftsstelle in Berlin. In den Wochen und Monaten nach der Bundestagswahl 2013 lösten wir unser Büro auf und zogen als Untermieter ins Hans-Dietrich-Genscher-Haus ein, wo die Bundesgeschäftsstelle der JuLis noch heute ist. Die Zeit nach dem Ausscheiden war 2013 also von starken organisatorischen Umbrüchen geprägt.

**PC:** Worauf kommt es in der APO für unseren Verband an?

**KK:** Es kommt darauf an, dass hergebrachte und neue Mitglieder trotz dieser organisatorischen Umbrüche über mehrere Jahre

hinweg am Ball bleiben. Die große Herausforderung liegt nicht darin, in den Wochen und Monaten nach dem Ausscheiden aus dem Bundestag eine neue Motivation zu finden. Sie liegt darin, über mehrere Jahre hinweg als politischer Akteur sichtbar und wahrnehmbar zu bleiben. Das funktioniert über unkonventionelle Aktionen, über programmatische Innovationen und über neue digitale Kommunikationswege.

**PC:** Welche Rolle haben die Jungen Liberalen unter deiner Führung bei der Neuaufstellung der FDP gespielt - und welche Rolle müssen wir diesmal einnehmen?

**KK:** Die JuLis haben die Neuaufstellung in den Jahren 2013 bis 2017 konstruktiv begleitet. Der Verband zeichnet sich dadurch aus, dass er in den entscheidenden Momenten hinter der FDP steht, diese aber kritisiert, wenn es nötig ist. Wir haben den Erneuerungsprozess der FDP damals stark unterstützt, uns aber an den Debatten auch mit eigenen Positionen beteiligt.

**PC:** Viele JuLis haben den Eindruck, dass die FDP ihren eigenen Reformprozess nach 2017 zunehmend vernachlässigt hat. Wie siehst du das? Welche strukturellen Veränderungen sollte die FDP in den nächsten Monaten und Jahren als Priorität setzen?

**KK:** Das politische Zentrum der Partei hat sich mit dem Wiedereinzug der FDP in den Bundestag im Jahr 2017 auf die Fraktion verlagert. Das ist ein natürlicher Prozess. Es kann aber nicht sein, dass in den Gremien der Partei keine inhaltliche Diskussion mehr stattfindet, weil man sich gänzlich auf die Fraktion verlässt. Die Partei muss in den kommenden Monaten wieder inhaltlich diskutieren und dabei auch unterschiedliche Meinungen aushalten. Unsere interne Diskussionskultur war zuletzt nicht besonders einladend.

**PC:** Aussetzung der Wehrpflicht, Cannabis-Legalisierung, Wahlrecht ab 16: Die JuLis haben in den vergangenen Legislaturperioden die FDP auch inhaltlich treiben können. Für welches Thema sollten die Jungen Liberalen aus deiner Sicht noch oder wieder lauter streiten?

**KK:** Die sich anbahnende schwarz-rote Koalition auf Bundesebene hat sich auf ein Milliardenpaket neuer Schulden geeinigt, ohne konkrete strukturelle Reformen zu verabreden. Die JuLis müssen diesen Umstand gerade mit Blick auf die Rentenpolitik thematisieren. Alle Abgeordneten aus den Reihen der Jungen Union, die ihre Hand für die Rentenpläne von Friedrich Merz heben, verlieren ihre Glaubwürdigkeit in Sachen Generationengerechtigkeit.

**PC:** An welchen Stellschrauben müssen die Jungen Liberalen nun drehen, damit 2029 das Comeback der FDP und der Wiedereinzug in den Deutschen Bundestag gelingen können?

**KK:** Um bei der nächsten Bundestagswahl relevant zu sein, müssen auch in den kommenden Monaten und Jahren neue Ideen in die FDP getragen werden. Das gelingt oftmals durch neue Mitglieder. Die JuLis sollten auch in der außerparlamentarischen Opposition dafür werben, dass man sich als Mitglied der FDP für den Liberalismus einsetzt.

**PC:** Zum Abschluss ein Blick nach vorn: Wie müssen die Freien Demokraten 2030 aussehen, um nachhaltig Wahlerfolge feiern zu können?

**KK:** Es ist zu früh, um heute die Wahlkämpfe des Jahres 2030 vor auszuplanen.

**PC:** Zum Abschluss: Wie geht es jetzt für dich persönlich weiter? Dein politisches Ehrenamt ist schließlich der Landesvorsitz der FDP Niedersachsen.

**KK:** Seit ich 2002 Mitglied bei den JuLis geworden bin, habe ich mich ehrenamtlich für liberale Politik in Deutschland engagiert. Dass ich nicht mehr im Bundestag sitze, heißt für mich, dass ich mein Engagement nun wieder ehrenamtlich fortsetze.

**PC:** Lieber Konstantin, vielen Dank! Auch ganz persönlich für alles, was du in den letzten Jahren für den Liberalismus in Deutschland getan hast.

Das Interview führte  
Paavo Czwikla

# NACHRUF AUF GERHART BAUM

## Ein liberales **Gewissen**

# A

Am 15. Februar dieses Jahres verstarb Gerhart Baum. Eine Woche vor der Bundestagswahl, bei der seine FDP, der er immer treu geblieben war, ein zweites Mal nicht in den Bundestag einzog. Dass er fehlt, spürt man schon jetzt: Denn Wochen nach dieser historischen Wahlniederlage keine Kommentierung und keinen Ratschlag von ihm erhalten zu haben, fühlt sich noch immer sehr ungewohnt an. Gerhart Baum hinterlässt den nächsten Generationen ein Vermächtnis. Deshalb lohnt es sich, einen Blick auf das zu werfen, was ihn als Politiker, vor allem aber als politischer Mensch ausgemacht hat.

### **Guter Streit ist gut für die Freiheit**

Es ist hinlänglich bekannt. Gerhart Baum schreckte vor keinem Streit und vor keiner Auseinandersetzung zurück. Für ihn war Streit aber nichts ausschließlich Negatives.

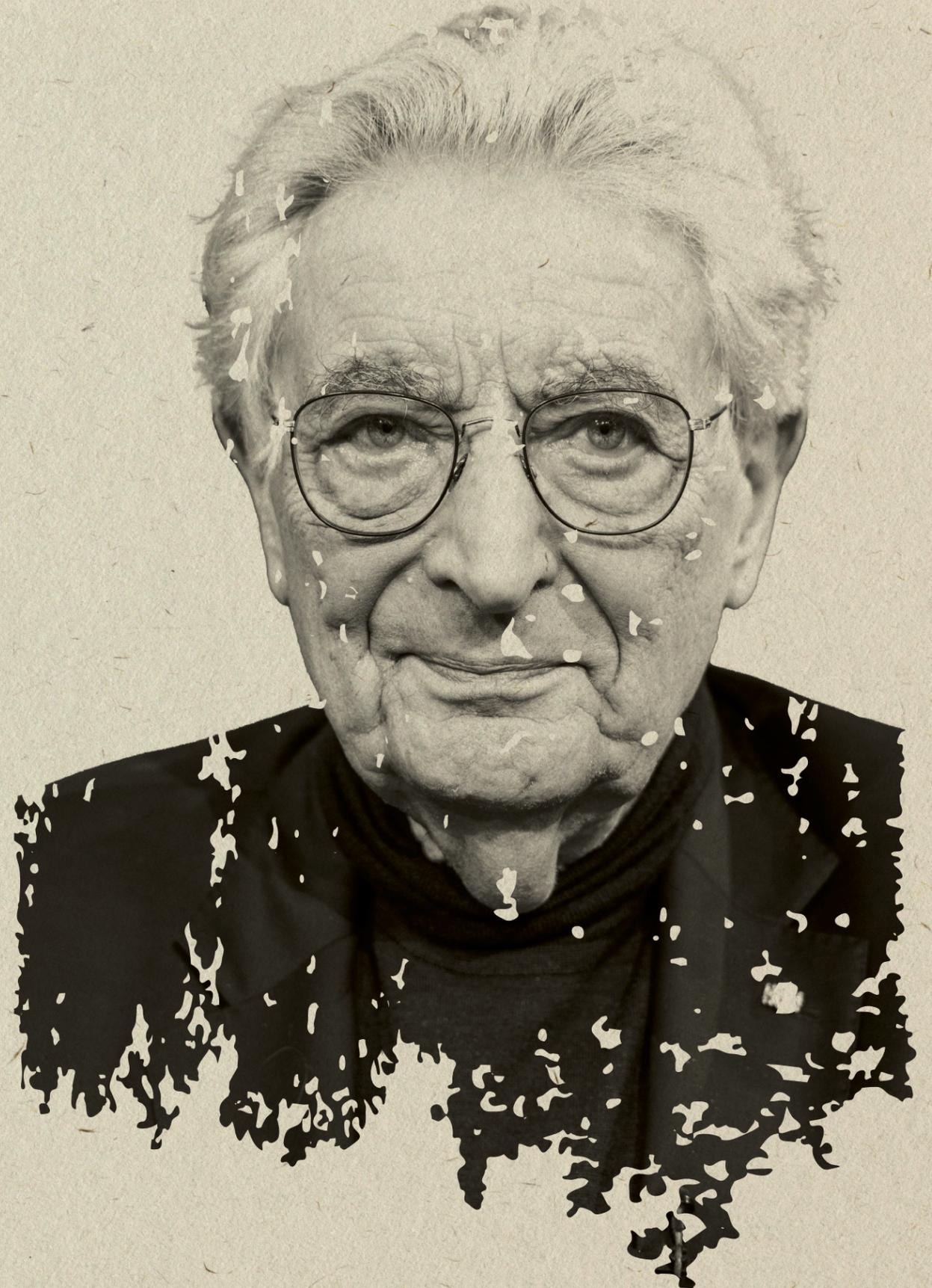
Er hielt es für „falsch zu sagen, wenn eine Partei streitet, schadet ihr das. Es kommt darauf an, wie sie streitet, ob sie mit substantiellen Diskussionen versucht, Probleme zu lösen.“ Er schließt damit an Ralf Dahrendorfs Vorstellung von Konflikt als produktive Kraft an. Vor diesem Hintergrund ist es wenig überraschend, dass ihre Wege sie 1968 beide zum Teil einer historischen Auseinandersetzung machten: Denn als Baum, damals Bundesvorsitzender der Jungdemokraten, Rudi Dutschke zur Diskussion zum Parteitag einlud, war es nur Ralf Dahrendorf, der sich unter Empörung seiner Parteikollegen und unter Androhung seines politischen Karriereendes durch Walter Scheel der Diskussion mit Dutschke vor dem Parteitagsgelände auf dem Dach eines Lautsprecherwagens stellte. Diese Offenheit und das Selbstbewusstsein für die inhaltliche Auseinandersetzung gerade gegenüber dem politischen Gegenspieler spiegeln sich ebenfalls in Gerhart Baums SPIEGEL-Streitgespräch mit dem Ex-Terroristen Horst Mahler zu seiner Zeit als Bundesinnenminister wider. Voraussetzung für dieses Selbstverständnis war für ihn immer die eigene Unabhängigkeit – gedanklich wie finanziell. Deswegen riet er jungen po-

litischen Menschen immer zu einem Beruf und einer Karriere, in die man auch außerhalb der Politik zurückkehren kann. Diesem Rat folgte er selbst als Rechtsanwalt und Kanzleipartner, denn für ihn war die Tätigkeit als Politiker mehr Berufung als Beruf.

### **Das beste Argument zählt**

An seine politischen Auseinandersetzungen stellte Gerhart Baum immer auch einen qualitativen Anspruch. Auf Eitelkeiten oder persönliche Befindlichkeiten wurde dabei zwar wenig Rücksicht genommen, für ihn (und viele weitere seiner Generation) ging es um Sachargumente. Politik hatte für ihn in Teilen einen intellektuellen Anspruch. Auch daraus rührte seine Begeisterung für die Freiburger Thesen, die für ihn mehr waren als nur eine Unterfütterung der sozialliberalen Koalition. Er sah darin viel mehr ein Grundsatzprogramm, Zielbestimmung des Liberalismus, sogar „ein Stück Kant'sche Aufklärung“.

Was in den öffentlichen Auseinandersetzungen mit Gerhart Baum oft nicht sichtbar wurde, ist sein Meinungsbildungsprozess. Denn dieser vorgelagerte Schritt war von einem anderen Gerhart Baum geprägt. Einem Menschen, der viel und viele fragt.



Er sammelte eine Vielzahl an Perspektiven, selbstverständlich ohne es den Befragten offenzulegen. Dabei hörte er aufmerksam zu, hatte den bedeutsam kleineren Redeanteil. Wichtig war für ihn dabei allein die Überzeugungskraft der Argumente. Und so unterbrach er auch mal gestandene Politiker, weil er jetzt erst mal hören wolle, was denn die Perspektive des anwesenden Studenten sei. Erst wenn er sich nach all dem eine Meinung gebildet hatte, vertrat er sie auch – dafür mit umso größerer Überzeugung.

Seine Offenheit für die Kraft des Arguments wird auch an anderen Stellen deutlich. Er machte zwar nie einen Hehl aus seinen Vorstellungen für den politisch organisierten Liberalismus, aber er betonte auch stets, dass es „keine unüberbrückbaren Gegensätze“ zwischen Wirtschaftsliberalen und „sozial orientierten Bürgerrechtsliberalen“ gibt. Ganz im Gegenteil: Sie ergänzen sich. Inhaltlich substantielle Auseinandersetzungen waren für Baum nie ein Hindernis für persönliche Beziehungen und enge Zusammenarbeit. Das zeigte sich in seinem jahrzehntelangen vertrauten Verhältnis zu Burkhard Hirsch, der noch Ende der Fünfzigerjahre bei den Jungdemokraten ein Ausschlussverfahren gegen ihn leitete, und unterlag. Es zeigte sich auch in den bis zu seinem Tod engen Beziehungen zu konservativen Vertretern wie dem NRW-Staatskanzler und Minister Nathanael Liminski oder dem Psychologen Ahmad Mansour, der 2019 den Menschenrechtspreis der Gerhart und Renate Baum-Stiftung empfing.

### Menschen- und Bürgerrechte sind unverhandelbar

Gerhart Baums politischer Einsatz war geprägt von seinem Engagement für Menschen- und Bürgerrechte. Absolute Sicherheit konnte es für ihn in einer freien Gesellschaft nicht geben. Sie konnte nur im Totalitarismus enden. Freiheit hingegen gibt es nur bei einem gewissen Grad an Unsicherheit. Deswegen war für ihn der Rechtsstaat kein Law-and-Order-Staat, der sich auf Rechtsdurchsetzung beschränkt. Ein Rechtsstaat ist geprägt durch den Schutz der Bürger vor dem Staat. Dabei war Baum kein Anhänger eines Nachtwächterstaats. Er warb für ein modernes Staatsverständnis: Für ihn wurde der Schutz vor dem Staat, als auch die Erfüllung seiner Aufgaben garantiert durch aktive und wehrhafte demokratische Institutionen. Baum erkannte darin auch die Tugend aus Rousseaus Gesellschaftsvertrag, dass im Verhältnis zwischen dem Starken und den Schwachen

häufig erst Gesetze die Freiheit schaffen. Von dieser Erkenntnis war auch seine anwaltliche Tätigkeit gemeinsam mit seinen Kanzleipartnern geprägt – als Vertreter von Loveparade-Opfern, den Opfern von „Schrottimmobilen“ und zuletzt von den Hinterbliebenen der Opfer des Münchner Olympia-Attentats.

In seinem menschenrechtlichen Engagement versuchte Baum ebenfalls dem Recht des Stärkeren die Stärke des Rechts entgegenzusetzen. Die schrecklichen Bilder aus der Ukraine infolge des russischen Angriffskriegs bewegten ihn sehr, denn die lebhaften Erinnerungen an die Bombardierung Dresdens in seiner Kindheit prägten ihn ein Leben lang. Er selbst war Sohn einer russischen Mutter und Enkel eines ukrainischen Großvaters, und doch hatte er sich nie Illusionen über die Aggression und Zivilisationsfeindlichkeit von Putins Russland hingegeben. Infolgedessen reichte er 2022 gemeinsam mit Sabine Leutheusser-Schnarrenberger eine Strafanzeige gegen Putin ein. Es bleibt zu hoffen, dass Putin eines Tages im Innern eines deutschen Gerichtssaals die Stärke des Rechts erleben darf.

### Ein unverbesserlicher Optimist

Gerhart Baums Leben war geprägt von Krieg, Flucht und vielen Auseinandersetzungen. Dennoch war der Baum, den ich kennenlernen durfte, immer ein Optimist. Er hat nie resigniert, sich nie zurückgezogen und nie aufgegeben. Altersmüdigkeit war bei ihm bis zu seinem Tod nicht zu finden. Selbst aus dem Krankenhaus heraus schrieb er noch Gastbeiträge und gab Interviews. Für mein eigenes Leben wünsche ich mir den Drang und die Aktivität, den er noch



**TEXT: MAXIMILIAN REITER (27)** ist stellvertretender Bundesvorsitzender und Bundesprogrammleiter der Jungen Liberalen. Er hat Mathematik an der TU Berlin und der University of Calgary studiert und promoviert derzeit an der TU Berlin und der Berlin Mathematical School. Du erreichst ihn unter [reiter@julius.de](mailto:reiter@julius.de)

in den letzten Jahren an den Tag zu legen vermochte, ebenso lange beibehalten zu können. Er war ein ewig jung Gebliebener.

Trotz seiner positiven Grundüberzeugung war er nicht naiv. Sein innerer Drang entstammte gerade der Überzeugung, dass man für Veränderung etwas tun muss. Seinen Mitstreitern hat er immer vorgelebt, dass sich der Einsatz und auch die Entbehrungen für die richtige Überzeugung lohnen. Dieser Drang nach Fortschritt machte ihm auch das Schwelgen in Erinnerungen fremd. Viel lieber wollte er über aktuelle Probleme sprechen als über die Vergangenheit und mehr erfahren von den Ansichten der Menschen, die den Großteil ihres Lebens noch vor sich hatten.

### Ein treuer Liberaler

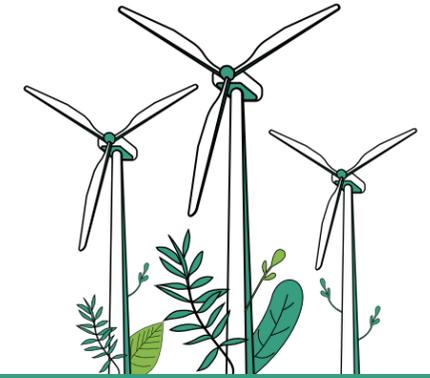
Gerhart Baum blieb der FDP immer treu. Er beteiligte sich nicht an der Austrittswelle aus der FDP nach dem Bruch der sozialliberalen Koalition. Es missfiel ihm auch. Für ihn war klar, dass Deutschland eine Partei braucht, die auf „allen Feldern der Politik ihre liberalen Grundüberzeugungen zur Geltung bringt“. Und bei allem Unmut über konkrete Entscheidungen oder politische Ausrichtungen seiner Partei bereute er seine Treue nie.

Und trotzdem war für Gerhart Baum die Idee der Freiheit, der Liberalismus als solcher wichtiger als die Autorität der Partei. Das zeigte sich beispielsweise, als der Bundestag 1998 den Lauschangriff mit den Stimmen der schwarz-gelben Koalition beschloss. Gerhart Baum und seine Mitstreiter reichten eine Verfassungsbeschwerde ein und annullierten erfolgreich große Teile der Gesetzesänderung. Dass Wolfgang Gerhardt, damaliger Bundesvorsitzender der Freien Demokraten, ihnen öffentlich vorwarf, aus „persönlichen Motiven“ und „unabgestimmt“ zu handeln, störte sie nicht – der Einsatz für die Freiheit hatte Vorrang.

Gerhart Baum war ein treuer Liberaler, und als überzeugter Anhänger der Parteiendemokratie ein treues Mitglied der Freien Demokraten. Mit seiner Kritik, seinem häufigen und öffentlichen Widerspruch hat er sich nicht nur beliebt gemacht (– er wollte es auch gar nicht). Er hat uns alle (heraus) gefordert. Er war im Grunde ein Stück weit ein liberales Gewissen. Diese Aufgabe werden zukünftig andere übernehmen müssen. Es liegt an jedem einzelnen von uns, für unsere Meinung auf unsere eigene Art einzustehen, gerade wenn sie unpopulär ist – sei es in der Gesellschaft, in der Öffentlichkeit oder eben auch in der eigenen Partei.

# KLIMASCHUTZ ALS BUSINESSCASE: Wie der Markt den internationalen Fortschritt garantiert

→ Ein Bericht von der **COP29** in Baku



**D**ie Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten und die geopolitischen Spannungen rund um die COP29 haben verdeutlicht, dass die politischen Führungen vieler Staaten nicht in der Lage sind, den Klimaschutz mit der nötigen Konsequenz voranzutreiben. Während Politiker zögern, setzt der Markt zunehmend den Maßstab für den globalen Klimaschutz. Innovationen im privaten Sektor und Wettbewerbsdruck sorgen für Lösungen, die der Staat nicht liefern kann.

### 1 Kohlenstoffmärkte als Schlüsselement für den Klimaschutz

Die COP29 brachte einen Durchbruch: die Einigung auf Artikel 6.4 des Pariser Abkommens, der den Weg für einen markt-basierten Kohlenstoffmarkt ebnet. Dies ermöglicht es Unternehmen und Staaten, Emissionsgutschriften zu handeln und private Investitionen in Klimaschutzprojekte zu mobilisieren. Schätzungen zufolge benötigen Entwicklungsländer jährlich 1,3 Billionen US-Dollar, um sich an den Klimawandel anzupassen und Klimaschutzmaßnahmen zu finanzieren. Öffentliche Mittel reichen jedoch nicht aus, weshalb der private Sektor als Schlüsselquelle für Klimafinanzierung gilt. Wie der Premierminister von Bhutan während der COP29 sagte: „We must make it the marketplace work. Because there is only one language that we understand, and that is the market.“

### 2 Donald Trump und der geopolitische Wettlauf zwischen den USA und China

Der Einfluss von Donald Trumps Wahlsieg auf die Klimapolitik war während der COP29 allgegenwärtig, auch ohne seine direkte Präsenz. Der Konsens war eindeutig: Die USA werden in den kommenden Jahren kein verlässlicher Partner im Klimaschutz sein. Doch

gerade diese Unsicherheit hat viele Akteure mobilisiert. Vertreter der EU, des Vereinigten Königreichs und Chinas betonten ihre Bereitschaft, eine größere Führungsrolle zu übernehmen. Ali Zaidi, ehemaliger National Climate Advisor der USA, machte deutlich, dass der private Sektor eine treibende Kraft für erneuerbare Energien und nachhaltige Technologien sei. Selbst republikanisch regierte Bundesstaaten wie Texas investieren massiv in Solarenergie.

Besonders interessant ist die geopolitische Rivalität zwischen den USA und China. Diese Rivalität fördert den Wettbewerb im Bereich erneuerbare Energien, da beide Länder in Technologien investieren müssen, um global führend zu bleiben. China hat im Jahr 2024 seine Solarkapazität um das Äquivalent von 18 neuen 1-GW-Kernkraftwerken pro Monat ausgebaut. Dies zeigt nicht nur das wachsende Engagement Chinas, sondern auch die wirtschaftliche Bedeutung des Sektors, der zunehmend als strategischer Vorteil wahrgenommen wird.

### 3 Die Rolle des privaten Sektors und innovativer Ansätze

Ein besonders bemerkenswertes Beispiel für den Erfolg des privaten Sektors im Klimaschutz war die Präsentation von Al Gore und seiner Initiative Climate TRACE. Diese bahnbrechende Initiative nutzt Satelliten und Sensoren, um Emissionsdaten weltweit in Echtzeit zu erfassen. Mit mehr als 660 Millionen Emissionsquellen und 30.000 Bodensensoren werden detaillierte Daten bereitgestellt, die es ermöglichen, gezielte Maßnahmen zur Emissionsminderung zu entwickeln. Al Gore und sein Team haben diesen Durchbruch unabhängig von politischen Prozessen erreicht. Während Klimaverhandlungen oft durch geopolitische Spannungen blockiert werden, hat Climate TRACE eine Lösung geschaffen, die schneller, umfassender und technologisch fort-

schriftlicher ist. Diese Initiative zeigt eindrucksvoll, was der private Sektor leisten kann, um den Klimawandel zu bekämpfen.

### Fazit: Der Markt wird den Klimawandel vorantreiben – auch ohne Politik

Ja, die COP29 hat strukturelle Schwächen offenbart. Ja, wir werden das 1,5-Grad-Ziel kurzfristig überschreiten, und ja, Klimaneutralität wird vielleicht erst später als 2050 erreicht. Doch eines ist klar: Der Weg zur Klimaneutralität ist unumkehrbar und wir werden irgendwann am Ziel ankommen. Die COP29 hat mir gezeigt, dass Klimaschutz oft nicht nur von politischen Prozessen, sondern auch von Menschen und Initiativen vorangetrieben wird, die trotz aller Widerstände unbeirrt weitergehen. Es sind Unternehmen, Innovatoren und die Zivilgesellschaft, die in diesem Bereich echte Fortschritte erzielen. Der Wettbewerb und die Innovationskraft der Marktwirtschaft wird deshalb unser Garant dafür sein, dass wir die Transformation zu einer klimaneutralen Gesellschaft vollziehen.



**TEXT: HELENA HERZIG (25)** studiert Betriebswirtschaftslehre mit dem Schwerpunkt Nachhaltigkeit. Sie ist Vorsitzende des Vereins „Ökologische Marktwirtschaft e.V.“ und setzt sich für eine markt-basierte Lösung des Klimawandels und anderer Umweltprobleme ein. Du erreichst sie unter [helena.herzig@oekma.de](mailto:helena.herzig@oekma.de)

# FREIE DIGITALE PARTEI

Ein **Update** für die FDP



**TEXT: BASTIAN RUHL (37)**  
ist Informatikkaufmann und engagiert sich bei den Freien Demokraten für eine digitalere Parteiarbeit. Ihr erreicht ihn unter [ruhlbastian@web.de](mailto:ruhlbastian@web.de)



# B

Bereits 2014 wurde in der FDP-Führung intern über eine mögliche Markenmodernisierung diskutiert – darunter auch die Idee einer Namensänderung. Marie-Agnes Strack-Zimmermann sprach damals offen an, dass die FDP ein massives Imageproblem hat. Auch Wolfgang Kubicki kritisierte, dass die Partei von vielen als Interessenvertretung der wirtschaftlich Privilegierten wahrgenommen werde.

Elf Jahre später hat sich daran wenig geändert. Die FDP wird nach wie vor stark über ihre wirtschaftsliberalen Positionen definiert, obwohl sie längst auch für Digitalisierung, Bildung und Bürokratieabbau steht. Das Problem ist nicht die Substanz – sondern die Glaubwürdigkeit.

Das zeigt sich vor allem in ihrem Image. Die FDP wird in der Öffentlichkeit oft mit einem Porsche-Image verbunden – eine Partei für Wohlhabende, für Besserverdiener, für eine kleine Elite. Doch mit diesem Image spricht sie keine breite Wählerschaft an. Die Realität sieht anders aus: Die FDP hat längst Themen im Programm, die weite Teile der Gesellschaft betreffen. Doch sie werden nicht konsequent nach außen vermittelt.

Schon einmal wurde die FDP aus dem Bundestag gewählt und hat sich mühsam zurückgekämpft. Heute droht erneut der Bedeutungsverlust. Doch diesmal fehlt ein klarer Plan für den Neuanfang. Ein einfacher Personalwechsel reicht nicht – die Partei muss sich inhaltlich und strategisch neu aufstellen.

Mein Vorschlag: Lasst uns die FDP in die „Freie Digitale Partei“ weiterentwickeln – mit einer klaren Identität als Zukunftspartei für Deutschland.

## Wir brauchen einen Neustart

Die FDP hat bereits bewiesen, dass sie mit Zukunftsthemen punkten kann. Die Wahl 2021 zeigte, dass Digitalisierung, Bürokratieabbau und moderne Bildung Wähler

mobilisieren. Vor allem Erstwähler stimmten für eine Partei, die sich als fortschrittliche Kraft präsentierte.

Doch nach dem Wahlerfolg wurde dieser Kurs nicht konsequent weitergeführt. Statt Digitalisierung als gleichwertige Säule neben dem Wirtschaftsliberalismus zu etablieren, wurde der Fokus wieder stärker auf klassische Themen wie Steuerpolitik und Deregulierung gelegt. Dabei erwarten die Menschen von einer modernen Fortschrittspartei mehr als nur wirtschaftliche Konzepte.

Die FDP wird oft als reine Steuerenkungspartei wahrgenommen – doch sie könnte viel mehr sein. Sie muss sich als die Partei positionieren, die technologischen Fortschritt mit gesellschaftlicher Freiheit verbindet. Nicht rückwärtsgewandt, sondern vorwärts in die Zukunft.

Es ist an der Zeit, eine zentrale Frage zu stellen: Warum sollte jemand die FDP wählen, wenn er auch die CDU wählen kann?

Wenn die FDP überleben will, muss sie über den klassischen Wirtschaftsliberalismus hinausdenken. Sie muss sich als die Partei positionieren, die Technologie, Innovation und individuelle Freiheit vereint – für ein modernes, digitales Deutschland.

## Zwei Flügel, um zu fliegen

Die FDP war bisher ein Vogel mit nur einem Flügel – dem wirtschaftsliberalen. Doch ein Vogel mit nur einem Flügel kann nicht fliegen. Wir brauchen einen zweiten Flügel: den Digitalflügel.

- **Digitalisierung ist der Schlüssel zu individueller Freiheit – für Bürger, Unternehmen und Verwaltung.**
- **Ein digitaler Staat reduziert Bürokratie und stärkt Unternehmertum.**
- **Moderne Bildung, Homeoffice und Künstliche Intelligenz verändern unsere Gesellschaft – die FDP sollte die Partei sein, die diese Entwicklung aktiv gestaltet.**
- **Junge Wähler erwarten Zukunftslösungen – und wenn wir sie nicht bieten, wandern sie zu populistischen Parteien ab.**

Der wirtschaftsliberale Flügel bleibt wichtig, aber er muss ergänzt werden. Ein starker Digitalflügel macht die FDP wieder vollständig und zukunftsfähig.

Schon 2014 wurde erkannt, dass die FDP ein Imageproblem hat. Doch das Problem wurde nie gelöst. Die Partei hat sich nicht entschieden, was sie sein will. Jetzt ist der Moment für eine klare Weichenstellung.

Die digitale Transformation ist nicht nur ein wirtschaftlicher Faktor, sondern eine grundlegende Frage der individuellen Freiheit, Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Die FDP hat das Potenzial, zur führenden Kraft dieser Entwicklung zu werden – doch dafür braucht es eine starke innerparteiliche Bewegung, die Digitalisierung als gleichwertige Säule neben dem Wirtschaftsliberalismus verankert.

## Miteinander vernetzen

Diese Diskussion darf nicht in kleinen Zirkeln geführt werden – es ist an der Zeit, die Mitglieder und Bürger zu fragen, welche FDP sie in der Zukunft wählen möchten.

In der FDP gibt es viele engagierte und talentierte Menschen. Gemeinsam können wir den politischen Austausch beleben – mit gegenseitigem Respekt, konstruktiven inhaltlichen Diskussionen und dem gemeinsamen Ziel, die Digitalisierung in unserer Partei und in Deutschland voranzubringen. Die FDP muss mit gutem Beispiel vorangehen und selbst zeigen, wie eine moderne, digital vernetzte Partei agieren kann.

Deshalb lade ich alle FDP-Mitglieder, die diesen Wandel aktiv mitgestalten wollen, zur Gründung der Arbeitsgemeinschaft „Freie Digitale Partei“ ein. Diese AG soll eine Plattform für Austausch, Ideen und konkrete Maßnahmen sein – immer in Abstimmung mit der gesamten FDP, um den digitalen Fortschritt nachhaltig und parteiintern verankern zu können. Sollte die Idee innerhalb der Partei breite Unterstützung finden, könnte langfristig auch eine Namensanpassung (von Freie Demokratische Partei in Freie Digitale Partei) diskutiert werden – als Zeichen für eine klare digitale Neuausrichtung und ein modernes, zukunftsorientiertes Profil.

Wer sich beteiligen möchte, kann sich direkt bei mir im Confluence Mitgliederbereich melden oder alternativ über [ruhlbastian@web.de](mailto:ruhlbastian@web.de) Kontakt aufnehmen.

Wir sind die einzige Partei in Deutschland, die die Freiheit des Einzelnen verteidigt und Teil des Fortschritts sein möchte, anstatt rückwärtsgewandte Ansichten zu vertreten. Lasst uns gemeinsam daran arbeiten, dieses Image zu leben und auch nach außen zu tragen.

# DONALD TRUMP 2025

Ein neuer (alter) geopolitischer Kurs und seine Auswirkungen auf Europa

## M

it der erneuten Amtseinführung von Donald Trump als Präsident der Vereinigten Staaten im Januar 2025 hat sich die geopolitische Landschaft auf eindrucksvolle Weise verändert. In den ersten Monaten seiner zweiten Amtszeit hat Trump keine Zeit verloren, seine außenpolitische Agenda voranzutreiben, was bereits jetzt weitreichende Auswirkungen auf die internationalen Beziehungen, insbesondere auf die transatlantische Partnerschaft, hat. Doch was bedeutet dies konkret für Europa? Wie geht die Europäische Union mit einem Präsidenten um, der die Weltordnung nach seinem eigenen "America First"-Mantra gestalten möchte?

### Der Ukraine-Konflikt: Amerikas schwindende Unterstützung?

**W**ährend die Biden-Administration die Ukraine weiterhin mit umfassender Unterstützung, sowohl finanziell als auch militärisch, versorgte, tritt Trump einen anderen Kurs an. Bereits zu Beginn seiner ersten Amtszeit machte Trump deutlich, dass er die Beziehungen zu Russland verbessern möchte. Auch in seiner zweiten Amtszeit setzt er auf direkte Verhandlungen mit Russland, im Zweifel auch ohne eine Teilnahme der Ukraine, und stellt damit die westliche Unterstützung für die Ukraine infrage. Dies hat weitreichende Folgen für Europa, das zunehmend in eine Zwickmühle gerät. Die USA, traditionell der starke Partner, auf den sich Europa in Fragen der Sicherheit stützte, scheinen unter Trump nicht mehr das verlässliche Bollwerk zu sein, das es früher war. Die Frage, wie Europa sich militärisch und diplomatisch positionieren kann, wird immer dringlicher, besonders wenn man bedenkt, dass Putin möglicherweise den US-amerikanischen Rückzug als Signal der Schwäche deutet und seine aggressiven Bestrebungen weiter ausdehnt. Es wird daher nicht erst jetzt

klar, dass Europa mehr Verantwortung für die eigene Sicherheit übernehmen muss. Für uns Liberale ist klar: Die Ukraine muss in ihrem Widerstand gegen die russische Aggression unterstützt werden, und es ist die Verantwortung Deutschlands in Europa, dieser Hilfe Vorrang einzuräumen. Die Ukraine kämpft nicht nur für ihre eigene Freiheit, sondern auch für die liberale Werteordnung, die Europa in den letzten Jahrzehnten geprägt hat. Die neue Bundesregierung und die Europäische Union sind jetzt und unmittelbar gefordert, der Ukraine zusätzliche militärische Unterstützung zu gewähren und alles zu tun, um die Aggression Russlands zu stoppen. Dies ist nicht nur eine Frage der internationalen Solidarität, sondern auch des eigenen Überlebens der westlichen Wertegemeinschaft.

### Handelskriege und die wirtschaftliche Isolation

**T**rumps aggressive Handelspolitik, die bereits während seiner ersten Amtszeit eine der zentralen Säulen seiner Außenpolitik war, erlebt unter seiner zweiten Präsidentschaft eine Wiederbelebung. Europa hat bereits in der Vergangenheit die Auswirkungen gespürt, als Trump Zölle auf europäische Produkte wie Stahl und Aluminium verhängte. In den letzten Monaten hat sich die Situation weiter zugespitzt. Trumps Handelspolitik verfolgt klar das Ziel, den US-amerikanischen Arbeitsmarkt und die eigene Wirtschaft zu stärken – und das auf Kosten internationaler Handelsbeziehungen. Doch dieses Vorgehen könnte langfristig auch zu einem wirtschaftlichen Rückschritt für die USA führen. Während die amerikanische Wirtschaft in den letzten Jahren unter Trump schon einmal stagnierte, wird es nun zunehmend schwierig, den Fokus nur auf den Binnenmarkt zu legen, ohne die globalen Handelsbeziehungen zu gefährden. Europa, das mit seinen multinationalen Wirtschaftsnetzwerken stark auf den freien Handel angewiesen ist, sieht sich unter Druck gesetzt, nach Alternativen zu suchen und den Schaden durch Trumps Zollpolitik zu minimieren. Europa muss einer protektionistischen Handelspolitik der USA entschlossen gegenüberreten. Wir dürfen uns nicht alles gefallen lassen, der Fokus muss allerdings auch darauf liegen, den Handelskonflikt nicht weiter anzuhetzen. Die Förderung des globalen Freihandels und die Bekämpfung protektionistischer Tendenzen sind fundamentale Werte der liberalen Wirtschaftspolitik, die es zu verteidigen gilt. Die USA bleiben langfristig

ein wichtiger Wirtschaftspartner, wir müssen allerdings gerade jetzt noch mehr Anstrengungen unternehmen, Freihandelsabkommen mit anderen demokratischen Staaten zu ratifizieren.

### Die transatlantische Partnerschaft: Ein zerbrechliches Band

**D**ie transatlantische Partnerschaft wurde unter Trump stets auf eine harte Probe gestellt. Bereits während seiner ersten Amtszeit setzte Trump auf den „America First“-Ansatz und kritisierte wiederholt die NATO und europäische Verbündete. In seiner zweiten Amtszeit wird dieser Kurs fortgesetzt und sogar intensiviert. Trump verlangt weiterhin von Europa, dass es mehr in seine eigene Verteidigung investiert. Dies ist grundsätzlich richtig, und wurde im Übrigen auch bereits von Barack Obama von den europäischen Staaten eingefordert. Gleichzeitig schwächt Trump durch seine unberechenbare Außenpolitik und seine Alleingänge allerdings das Vertrauen in die USA als verlässlichen Partner. In einer Zeit, in der die westliche Welt gemeinsam gegen autoritäre Regime und geopolitische Bedrohungen wie die Expansion Chinas und Russlands auftreten sollte, könnte die anhaltende Unsicherheit über die US-amerikanische Außenpolitik genau dies, eine Stärkung von Autokratien fördern. Auch innerhalb der NATO wächst der Druck auf die europäischen Mitgliedsstaaten, sich finanziell und strategisch stärker zu engagieren. Genau deshalb fordern wir eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben der EU-Staaten auf 3% des BIP. Dies ist notwendig, um die europäische Sicherheit langfristig zu gewährleisten und sich nicht nur auf die USA verlassen zu müssen. Die transatlantische Partnerschaft bleibt von entscheidender Bedeutung, doch Europa muss endlich die Verantwortung übernehmen, die eigene Verteidigungsfähigkeit zu stärken und nicht auf immerwährende Unterstützung von außen zu hoffen. Nur so kann Europa seine Rolle in der internationalen Sicherheitsarchitektur behaupten.

### Die liberale Herausforderung: Demokratie und Werte in einer ungewissen Welt

**S**chon vor der US-Wahl gab es viele Diskussionen, wie man sich auf eine erneute Präsidentschaft Trumps vorbereiten könne, passiert ist jedoch wenig. Europa hat das Potenzial, eine Führungsrolle in

der internationalen Zusammenarbeit und bei der Förderung demokratischer Werte zu übernehmen. Doch dafür muss es sich nicht nur als wirtschaftlicher Akteur, sondern auch als politischer Vermittler und Verteidiger liberaler Werte positionieren. Europa muss in dieser neuen Weltordnung wachsam bleiben. Es darf nicht zulassen, dass die Werte, die die Grundlage für seine politische und wirtschaftliche Ordnung bilden, ausgehöhlt werden. Stattdessen muss es als Bollwerk für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auftreten und die internationale Zusammenarbeit mit Gleichgesinnten suchen – auch dann, wenn die USA unter Trump sich von diesen Werten zunehmend entfernen. Die erste Phase von Trumps zweiter Amtszeit hat bereits eine Reihe von geopolitischen Rissen hinterlassen. Europa sieht sich einem US-Präsidenten gegenüber, dessen Politik nicht nur den freien Handel und die internationale Zusammenarbeit untergräbt, sondern auch die transatlantische Partnerschaft auf eine harte Probe stellt. Für Europa bedeutet dies, dass es mehr Verantwortung für seine eigene Sicherheit und Außenpolitik übernehmen muss. Dabei sollte es jedoch nicht nur nach einer eigenständigen Lösung suchen, sondern weiterhin auf internationale Kooperation setzen, um die Werte zu verteidigen, die die westliche Weltordnung ausmachen. Die Jungen Liberalen bekennen sich klar zu einer aktiven Rolle Europas in der Unterstützung der Ukraine und fordern eine verstärkte militärische Zusammenarbeit innerhalb der EU. Nur so kann Europa seine geopolitische Verantwortung wahrnehmen und gleichzeitig den Prinzipien der Freiheit und Demokratie treu bleiben.



**TEXT: MATS-OLE MARETZKE (25)** lebt in Wolfsburg und steht kurz vor dem Abschluss des Masterstudiums der Betriebswirtschaftslehre. Beruflich war er sowohl in der Automobilindustrie als auch im Consulting tätig. Neben dem Amt des Kreisvorsitzenden der FDP Wolfsburg ist er als International Officer Mitglied des JuLi Bundesvorstands und vertritt die JuLi im Ausland. Du erreichst ihn unter [maretzke@julis.de](mailto:maretzke@julis.de)

# BEDINGT REFORMBEREIT

Die Bundeswehr im Kampf mit den **eigenen Strukturen**

# D

Die Nachrichten zur Zukunft der Bundeswehr überschlagen sich. Gerade erst hat der Bundestag eine Grundgesetzänderung beschlossen, welche Ausgaben für die Bundeswehr ab einer Veranschlagung von 1% des BIPs im regulären Haushalt aus der Schuldenbremse ausnimmt. Nun liegt auch das lang erwartete „Weißbuch zur europäischen Verteidigungsbereitschaft 2030“ vor, ebenso wie die Gesetzesvorschläge zur europäischen Rüstungsfinanzierung. Die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen erhofft sich auf dieser Grundlage Rüstungsausgaben in Höhe von 800 Milliarden Euro in den kommenden Jahren.

Die Debatten zeigen, dass unsere Verteidigung nicht nur mit Lippenbekenntnissen abgespeist wird. Man ist durchaus gewillt, diese Kriegstüchtigkeit auch umfassend mit Geld zu hinterlegen und sie zu einer finanziellen Priorität – wenn auch nicht haushaltspolitischen Priorität – zu machen.

So weit, so gut. Nicht zuletzt die Friedensdividende der vergangenen Jahrzehnte hat die Bundeswehr in ihrer Schlagkraft abmagern lassen und unserer Wehrfähigkeit erheblichen Schaden hinzugefügt. Die Analyse, die fehlende Finanzierung sei allein verantwortlich für den aktuellen Zustand der Bundeswehr, geht jedoch fehl. Ebenso wie das Schuldenpaket der neu gewählten Großen Koalition jeglichen staatlichen Reformwillen vermissen lässt, fehlt es in der verteidigungspolitischen Debatte an einem systemischen Ansatz, der gezielte Strukturreformen in den Blick nimmt. Ohne eine Reformbereitschaft wird es aber insbesondere in den zwei Kernbereichen Personal und Ausrüstung nicht gehen.

## Weniger Wehrpflichtdebatten, mehr Reserve-Aktivierung

Wer das Thema Personal anschneidet, landet recht schnell bei der Wehrpflicht. Was in dieser Debatte häufig fehlt, ist die klare Unterscheidung zwischen den verschiedenen Personalbedarfen der Bundeswehr. Bis 2031 möchte die Bundeswehr von knapp 183.000 aktiven Soldaten auf 203.000 Soldaten aufwachsen. Ein schwieriges Unterfangen in Anbetracht des zurückhaltenden Bewerbungsverhaltens junger Menschen und einem steigenden Altersdurchschnitt in der Truppe. Diese Problematik kann und soll eine Wehrpflicht jedoch nicht lösen – hier muss die Bundeswehr sich selbst um attraktivere Rahmenbedingungen bemühen. Relevant wird eine Wehrpflicht hingegen bei der sog. Aufwuchs- und Durchhaltefähigkeit im Verteidigungs- und Bündnisfall. Zweifellos könnte eine Wehrpflicht den Anteil der militärisch ausgebildeten Personen in der Bevölkerung perspektivisch erhöhen. Viel dringlicher wäre es aber, die Reserve in den Blick zu nehmen. Reservist ist jeder, der bereits in der Bundeswehr gedient hat und mittlerweile ausgeschieden ist – ob als ehemaliger Wehrdienstleistender oder Soldat auf Zeit. Davon gibt es in Deutschland ca. 900.000 – die genaue Zahl ist unbekannt, da die für die Erfassung zuständigen Kreis-

wehersatzämter mit Aussetzung der Wehrpflicht abgeschafft wurden. Man würde meinen, dass dieser eigentlich untragbare Zustand in der aktuellen Bedrohungslage bereits angegangen worden wäre – Fehl-anzeige. Ebenso dürrt es bei der Zahl der sog. beordneten Reservisten aus, also denjenigen Reservisten, die fest an eine militärische Einheit angebunden sind, dort regelmäßig Reservistenleistungen ableisten und damit ihre militärische Einsatzbereitschaft erhalten. Davon gibt es ca. 40.000. Ein erschreckend geringer Anteil an der Gesamtreserve. Auch hier fehlt es an einer systematischen Aufarbeitung, wo Hürden für Reservisten bestehen – liegt es an aufwendigen bürokratischen Prozessen, an einer schlechten Kommunikation der Truppe selbst, an unwilligen Arbeitgebern, die ihre Mitarbeiter für Reservistenleistungen nicht freistellen wollen? Die Reserve ist ein unverzichtbares Instrument auf dem Weg zur Kriegstüchtigkeit und als solche muss sie auch behandelt werden, bevor ernsthaft über die Wiedereinsetzung einer Wehrpflicht diskutiert werden kann.

## Neue Devisen in der Beschaffung: Schnell und effizient statt rechtssicher um jeden Preis

Ausrüstung und Beschaffung sind seit jeher Sorgenkinder der deutschen Verteidigungspolitik. Das BAaNBw, das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr, ist mit seinen knapp 7500 Bediensteten nicht zwangsläufig für Effizienz und Pragmatismus bekannt. Als zentraler Einkäufer der Bundeswehr beschafft es sämtliches Material – angefangen bei der persönlichen Ausrüstung der Soldaten bis hin zum militärischen Großgerät. Mag das auf Rechtssicherheit angelegte Beschaffungswesen insbesondere bei großen, komplexen und neu zu entwickelnden Waffensystemen seine Berechtigung haben, so stößt es bei der Schließung von akuten, zeitkritischen Lücken sowie im Hinblick auf die Agilität der heutigen Kriegsführung an seine Grenzen. Nicht zuletzt die Entwicklungen auf dem Schlachtfeld des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine zeigen, dass es in der zukünftigen Beschaffung auch kürzere Entwicklungszyklen braucht. Nicht jede technische Entwicklung ist antizipierbar, das Beschaffungswesen muss dazu in

der Lage sein, schnell zu reagieren. Von Feststellung einer Fähigkeitslücke bis zur Einführung eines neuen Systems in der Truppe können nicht, wie bisher, Jahre oder gar Jahrzehnte vergehen – in der Ukraine beträgt ein Innovationszyklus gerade einmal drei Monate. Neben dieser bisher fehlenden Anpassungsfähigkeit wirkt die Beschaffung insbesondere auch internationale Fragestellungen auf, gerade auf europäischer Ebene bleiben bisher noch viele Synergien ungenutzt. Schließlich muss nicht jeder der 27 EU-Staaten eigene, komplexe Waffensysteme ausschreiben, entwickeln lassen und beschaffen. Bis 2030, so die aktuelle Zielvorstellung, sollen die Mitgliedstaaten mindestens 40 % ihrer Rüstungsgüter gemeinsam kaufen und mindestens die Hälfte ihres Beschaffungsbudgets für in Europa hergestellte Produkte ausgeben.

## Reformstau als zukünftiger Kostentreiber

Ohne Zweifel ist kaum eine staatliche Struktur reformresistenter als die Bundeswehr, kaum eine Rechtslage undurchsichtiger und verworrener durch die immense Vorschriftenlast – das entbindet politische Entscheidungsträger aber nicht von der Pflicht, diese komplexen Fragen anzugehen. Denn ohne systemische Reformansätze wird der Finanzbedarf in Zukunft ins Unermessliche steigen – und ob Steuerzahler und Mandatsträger der kommenden Legislaturen ebenso spendabel sein werden wie die diejenigen der 20. Legislatur, das sei dahingestellt.



**TEXT: KERRY HOPPE (23)**  
bereitet sich aktuell auf ihr 1. juristisches Staatsexamen in München vor und ist Reserveoffizierin der Luftwaffe. Als Gründungsmitglied der Community for Defence Innovation e.V. setzt sie sich zudem für mehr Innovation in der Rüstung ein. Ihr könnt sie unter [kerry.hoppe@securitybreakfast.com](mailto:kerry.hoppe@securitybreakfast.com) erreichen

# BUNDESWEHR

# Zwischen Freiheit und Sicherheit

Mit der CDU als stärkste Kraft bei der Bundestagswahl 2025 ist auch die Frage der **Wiedereinführung der Wehrpflicht** wieder aktuell

# WW

Während Politiker wie Verteidigungsminister Boris Pistorius und CDU-Chef Friedrich Merz eine Rückkehr der Wehrpflicht ins Gespräch bringen, stehen liberale Stimmen für ein anderes Modell: Sicherheit durch Freiwilligkeit, nicht durch Zwang. Denn die Wehrpflicht schränkt nicht nur die persönliche Handlungsfreiheit ein, sondern ist auch ein Rückschritt in einer modernen, gewaltfreien Gesellschaft.

Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine hat gezeigt, dass Deutschland wehrhafter werden muss. Doch eine Wehrpflicht ist keine Garantie für eine schlagkräftige Armee. Die Bundeswehr benötigt spezialisierte, gut ausgebildete Fachkräfte, die sich aus voller Überzeugung engagieren – nicht zwangsverpflichtete Wehrpflichtige, die nach wenigen Monaten den Dienst quittieren und anschließend Schwierigkeiten bei der gesellschaftlichen Wiedereingliederung haben.

Neben den persönlichen Einschränkungen für junge Menschen hätte die Wiedereinführung der Wehrpflicht auch wirt-

schaftliche Konsequenzen. Deutschland leidet bereits unter einem wachsenden Fachkräftemangel in vielen Branchen. Ein verpflichtendes Jahr im Militär- oder Zivildienst würde Tausende junge Menschen vorübergehend aus dem Arbeitsmarkt nehmen und Unternehmen zusätzlich belasten. Zudem ist der psychische Druck, den militärische Einsätze mit sich bringen, nicht zu unterschätzen. Viele Soldaten, die aus Kriegsgebieten heimkehren, sind von posttraumatischen Belastungsstörungen (PTBS) oder anderen psychischen Erkrankungen betroffen.

Ein Blick nach Schweden und Finnland zeigt, dass auch dort die Wehrpflicht in den letzten Jahren angepasst wurde, um modernen Sicherheitsbedürfnissen gerecht zu werden. Schweden setzte die Wehrpflicht 2010 aus, führte sie 2018 jedoch wieder ein – allerdings mit einem Modell, das stärker auf Freiwilligkeit und gezielte Rekrutierung setzt. Finnland behielt die Wehrpflicht bei, legt jedoch großen Wert auf eine umfangreiche Ausbildung und bietet alternative Dienstmöglichkeiten an. In beiden Ländern zeigt sich: Eine moderne Armee muss nicht zwangsläufig auf einer allgemeinen Wehrpflicht basieren, sondern kann durch hochqualifizierte Freiwillige und flexible Dienstmodelle gestärkt werden.

Ein zentrales Prinzip liberaler Politik ist die Selbstbestimmung des Einzelnen. Eine Wehrpflicht wäre ein massiver Eingriff in das Leben junger Menschen. Sie würde Berufseinstiege verzögern und viele aus ihrem gewählten Lebensweg reißen. Fakt ist: Verantwortung kann nicht durch staatliche Verpflichtung, sondern nur durch freiwilliges Engagement wachsen. Dazu zählt auch das verpflichtende soziale Jahr, das CDU-Chef Merz als Alternative zur Wehrpflicht in Erwägung zieht. Doch auch hier bleibt die Frage, ob staatlicher Zwang der richtige Weg ist.

Meine Zeit als FSJlerin bei den Jungen Liberalen e. V. möchte ich nicht missen.

Ich bin dankbar für die neuen Erfahrungen und Einblicke in interne Prozesse, die ich nach meiner Schulzeit sammeln darf. Doch der entscheidende

Unterschied: Ich mache diesen Freiwilligendienst aus eigener Überzeugung – nicht als verpflichtenden Ersatzdienst. Die eigene Motivation hat einen erheblichen Einfluss auf die Arbeitsqualität. Junge Menschen zu einem Gesellschaftsjahr zu zwingen, wird sich früher oder später in negativen Konsequenzen zeigen.

Die Wiedereinführung der Wehrpflicht ist kein zeitgemäßes Konzept für eine moderne, liberale Gesellschaft. Die Sicherheit Deutschlands kann besser durch eine professionelle, freiwillige Armee sowie durch smarte sicherheitspolitische Maßnahmen gewährleistet werden. Junge Menschen verdienen es, selbst über ihren Lebensweg zu entscheiden – ohne staatlichen Zwang.

Die Wiedereinführung der Wehrpflicht scheint für manche eine einfache Lösung für Deutschlands sicherheitspolitische Herausforderungen zu sein. Doch eines ist klar: Eine freie Gesellschaft kann nur mit freien Bürgerinnen und Bürgern bestehen – nicht mit Zwangsdiensten. Anstatt junge Menschen verpflichtend in den Dienst zu schicken, sollte die Politik Anreize schaffen, damit sich mehr Menschen freiwillig für den Schutz unseres Landes engagieren – sei es militärisch oder zivil.

Letztlich bleibt die Frage: Wie viel unserer Freiheit sind wir bereit, für Sicherheit aufzugeben – und wie viel Sicherheit gewinnen wir tatsächlich durch einen Zwang? Eine freiheitsliebende Gesellschaft muss diese Balance immer wieder neu aushandeln.



**TEXT: VICTORIA KAMPRATH (18)**  
ist seit dem 19. Oktober 2024 Mitglied bei den JuLis. Sie absolviert derzeit bei den Jungen Liberalen in der Bundesgeschäftsstelle ihr FSJ. Bei Anregungen oder Fragen erreichst Du sie unter [kamprath@julis.de](mailto:kamprath@julis.de)

# Das Weimarer Dreieck

– der Motor für Europas Zeitenwende?

# D

ie Zeit des Falls des Eisernen Vorhangs und der Wiedererlangung der nationalen Souveränität der ehemaligen Ostblockstaaten stellte auch die Westeuropäische Union (WEU) vor drastische Veränderungen. Und während die EU zuerst zurückhaltend war mit einer „Osterweiterung“ erst 2004 traten die ersten ehem. Oststaaten der EU bei -, begann eine komplette polnische außenpolitische Neuorientierung bereits 1989. Im Streben nach Demokratisierung, nationaler Souveränität, Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftlichem Aufschwung, bemühte sich Warschau im April 1990 um eine Mitgliedschaft im Europarat und erste Kontakte mit der NATO sowie der WEU wurden geknüpft. Frankreich jedoch unterstützte keine rasche EU-Integration der Länder Mittel- und Osteuropas, auch aus Angst vor einer Schwächung seiner zentralen Stellung innerhalb der deutsch-französischen Achse und einer generellen Zunahme einer Dominanz des frisch wiedervereinigten Deutschlands. Entsprechend konzentrierte sich Polen auf eine Stärkung der bilateralen Beziehungen zu Frankreich und Deutschland, welche durch jeweilige Abkommen in der 1. Hälfte des Jahres 1991 verschriftlicht wurden. Im August 1991 mündeten diese in einem trilateralen Treffen. In einer 10-Punkte-Erklärung bekräftigten die Außenminister Frankreichs, Deutschlands und Polens damals die maßgebliche Verantwortung

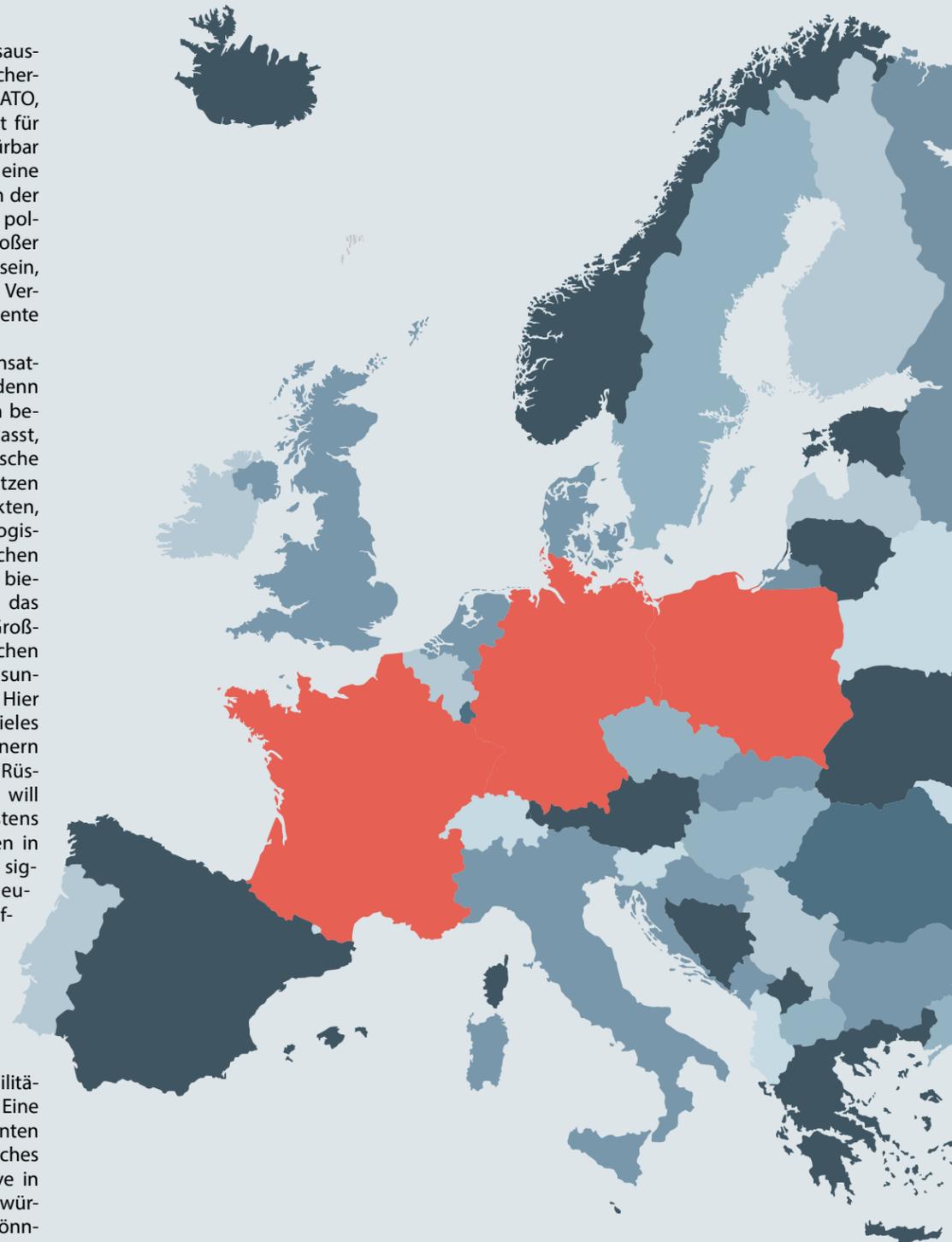
der drei Länder für den europäischen Integrationsprozess. Dieses Treffen markierte den Beginn eines Gesprächs- und Kooperationsformats, des sogenannten Weimarer Dreiecks. In diesem Rahmen treffen sich Regierungschefs und Fachminister seitdem fast jährlich – wenn nötig auch mehrmals pro Jahr. Historische Wegmarken seitdem stellen insbesondere die Aufnahme Polens in die NATO (1999) sowie in die Europäische Union (2004) dar.

Jedoch wird kritisiert, dass seitdem das Weimarer Dreieck kein neues Großprojekt mehr hervorgebracht habe, zur Zeit der PiS-Regierung galt das Bündnis gar als „politische Leerformel“. Da die geopolitischen Herausforderungen der EU so groß sind wie noch nie zuvor, besteht dennoch die Hoffnung, dass die Achse Paris-Berlin-Warschau die treibende Kraft für Veränderungen sein könnte. Die drei Länder des Weimarer Dreiecks spiegeln die Vielfalt Europas bestens wider und reflektieren auch eine modernere Realität der EU, welche eben nicht mehr nur aus westeuropäischen Staaten besteht. Das deutsch-französische Verhältnis scheint nur eingeschränkt von gegenseitigem Vertrauen geprägt; zuletzt schien es sehr angespannt, seitdem Merkel Macrons Visionen für Europa unbeantwortet ließ und Scholz eher Desinteresse als Engagement gegenüber Frankreich zeigte, welches Macron wiederum – zu Deutschlands Empören – veranlasste, europapolitische Alleingänge zu gehen. Hier könnte Polen eine vermittelnde Position einnehmen, während es gleichzeitig dringend benötigte, eigene Akzente setzt. Ein Beispiel hierfür wäre Tusks Aussage im März 2024, in welcher er Europa bereits in einer „Vorkriegszeit“ sehe, in welcher jedes Szenario möglich sei. Dies steht in großem Kontrast zu Scholz Weigerung, den Taurus zu liefern in der Hoffnung, Deutschland so aus einem vermeintlichen 3. Weltkrieg heraushalten zu können. Während Deutschland sich damit rühmt, das NATO-Mindestmaß an Verteidigungsausgaben zu erfüllen und alles, was 1 % des deutschen BIP übersteigt, mit Schulden finanzieren zu können, wird Polen

2025 4,7% seines BIP für Verteidigungsausgaben ausgeben. Das Gefühl der Unsicherheit an der gesamten Ostflanke der NATO, welches fast wöchentlich zunimmt, ist für Polen wesentlich unmittelbarer spürbar als für Deutschland oder Frankreich – eine der Ursachen für die Fehlkalkulation in der Russlandpolitik beider Länder. Diese polnischen Erfahrungen könnten von großer Bedeutung für ein Weimarer Dreieck sein, welches in der sich reformierenden Verteidigungsunion vorangehen und Akzente setzen möchte.

Innerhalb der zunehmenden transatlantischen Unsicherheit, in der mehr denn je umfassende europäische Lösungen benötigt werden, sind alle drei veranlasst, sich noch stärker für eine enge militärische Zusammenarbeit in Europa einzusetzen – bei gemeinsamen Rüstungsprojekten, bei der Verbesserung der Transportlogistik der Armeen und in der militärischen Forschung. Der Verteidigungsbereich bietet dem Weimarer Dreieck vielleicht das größte Potenzial, rasch gemeinsame Großprojekte zur Stärkung der europäischen Sicherheitssouveränität und Rüstungsunabhängigkeit auf den Weg zu bringen. Hier ist die Dringlichkeit am größten und vieles hängt unmittelbar von den drei Partnern ab. Nachdem die PiS viele Waffen und Rüstungsgüter im Ausland gekauft hat, will die neue polnische Regierung mindestens die Hälfte der Verteidigungsausgaben in eigenen Fabriken tätigen. Warschau signalisiert somit künftig stärker an den europäischen Fonds für Rüstungsbeschaffungen teilhaben zu wollen.

Die Journalistin Rosalia Romaniec schlägt hierbei die Einbeziehung der Ukraine zu einem gelegentlichen oder regelmäßigen 3+1 Format vor, auch wenn die EU der Ukraine aktuell kaum konkrete Angebote jenseits militärischer Unterstützung machen kann. Eine Einladung an den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj wäre ein deutliches Signal, das die ukrainische Perspektive in den westlichen Bündnissen stärken würde. Bei nennenswerten Ergebnissen könn-



te das Weimarer Dreieck nicht nur stärker in den Vordergrund einer europäischen Geopolitik rücken, was Wahrscheinlichkeit erhöhen würde, dann später auch an den Friedensverhandlungen in der Ukraine teilzunehmen. Zusätzlich könnte ein 3+1 Format aber auch als guter Zwischenkompromiss dienen zwischen Befürwortern eines raschen EU-Beitritts der Ukraine und den diesbezüglich sich eher zurückhaltenden Mitgliedsstaaten.

Nichtsdestotrotz, auch weil Deutschland und Frankreich die beiden größten Nettozahler in der EU sind und Polen der größte Nettoempfänger bleibt es jedoch unklar, inwiefern Paris und Berlin Warschau als gleichwertigen Partner anerkennen, der es verdient in allen wichtigen europäischen Angelegenheiten gehört und konsultiert zu werden. Die deutsch-französische Achse hat sich innerhalb des europäischen Gefüges über Jahrzehnte etabliert und gefestigt. Diese zu erweitern, könnte von beiden als relativer Machtverlust innerhalb dieses Gefüges wahrgenommen werden.

Die Gestaltung einer neuen Partnerschaft zwischen Berlin, Paris und Warschau, die über das alte Weimarer Dreieck der Diplomaten hinausgehen sollte, wird nicht einfach sein. Jede dieser Regierungen hat im Verhältnis zu den beiden anderen eigene Probleme und Ambitionen. Zudem drohen gerade in Frankreich und Polen bei den nächsten Wahlen erneut europaskeptische Kräfte die Fortschritte der letzten Jahre zu nichtezumachen. Diese Hürden mindern jedoch nicht die Notwendigkeit entsprechender Handlungsversuche, solange die Regierungskonstellationen diese erlauben. Wenn dies künftig mit der neuen deutschen Regierung gelingen sollte, wäre dies nicht nur ein Erfolg für das Weimarer Dreieck, sondern auch für ganz Europa.



**TEXT: MAX STEINMANN (22)**  
studiert im 6. Bachelorsemester Internationale Beziehungen. Du erreichst ihn unter [max.steinmann@julius.de](mailto:max.steinmann@julius.de)

# KRIEG in Europa, ZAUDERN in Brüssel?

Warum die EU mehr **Entschlossenheit** braucht

**D**er Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine ist eine historische Zäsur in der Fortentwicklung unseres Kontinents. Mehr oder weniger plötzlich erleben wir aktives Kriegsgeschehen unweit der Grenzen der Europäischen Union bzw. der Mitgliedsstaaten der NATO. Dies verdeutlicht nicht nur die Bedrohungslage, in der sich die Idee von Freiheit, Demokratie und europäischer Zusammenarbeit befindet. Es legt Versäumnisse der Vergangenheit und mangelnde Verteidigungsfähigkeit Deutschlands, sowie der EU gnadenlos offen.

Für uns Junge Liberale ist seit jeher klar: Verteidigung muss europäisch gedacht werden, die Ukraine muss bedingungslos bei ihrem Kampf gegen den Aggressor Russland unterstützt werden. Olaf Scholz hat mit seiner Rede zur Zeitenwende dabei einen Maßstab der politischen Anstrengungen zur Herstellung der Verteidigungsfähigkeit gesetzt. Doch ist dies auch im Europäischen Parlament angekommen? Wie verändern sich die Haltungen deutscher EU-Abgeordneter (MdEP) im Kriegsverlauf? Gibt es Allianzen für unsere Idee einer verstärkten gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik? Im Rahmen meiner

Abschlussarbeit habe ich mich mit genau diesen Fragen für die Jahre 2022 und 2023 beschäftigt. Der folgende Text ist daher ein Versuch der Verbindung meiner Learnings mit unserer Vision eines starken Europas.

Bei Betrachtung der jeweiligen Sitzungswochen lässt sich getrost sagen: Die Relevanz des Kriegsgeschehens für die Zukunft Europas ist auch in Brüssel und Straßburg angekommen. In fast jeder Sitzungsperiode in den Jahren 2022 und 2023 war der Krieg in verschiedenen thematischen Schwerpunkten auf der Tagesordnung. Einen Zahn muss ich euch jedoch ebenfalls sofort zu Beginn ziehen. Die von uns allen erhoffte 180-Grad-Wende in der Haltung zur gemeinsamen Außenpolitik blieb naturgemäß aus. Allerdings muss doch die zentrale Frage für uns eher sein, ob es Allianzen für a) bedingungslose Unterstützung der Ukraine und b) die unverzügliche Herstellung von Wehrfähigkeit in einem europäischen Rahmen geben kann. Hier wird im Zeitverlauf deutlich: Ja, die kann es geben.

## Unterstützer, Zweifler, Hasardeure

Auf den Ausbruch des Krieges folgte zunächst eine wahrnehmbare Phase des

Schocks über alle Fraktionen hinweg. Sogar die blauen Schlümpfe der sog. AfD in Person von damals noch Papa Schlumpf Jörg Meuthen kamen nicht umhin, ihr Entsetzen auszudrücken und Konsequenzen für Russland zu fordern. Ich werde wohl wenige Lesende hier überraschen, wenn ich vorwegnehme, dass sich dies in den dann kommenden Monaten recht schnell wieder änderte. So sind die diversen und beliebigen Wechsel der Narrative bei den Abgeordneten der sog. AfD und der Partei die Linke deutlich sichtbar und in meiner Arbeit auch ausgeführt, spielt allerdings bei der in diesem Text gestellten Frage nach konstruktiven Allianzen für die Liberalen eine untergeordnete Rolle. Kurz gefasst werden die Haltungen immer radikaler, von Relativierungen, Täter-Opfer-Umkehr und allerlei Anwürfen der Kriegstreiberei ist alles dabei. Interessant ist der nach Jahreszeiten getaktete Wechsel der Position: Im Sommer stilisiert man sich als Friedensstifter und gegen die Aufrüstung, im Herbst und Winter ist



**TEXT: DANIEL BÖHLER (24)**  
ist Mitglied im Bundesvorstand und schließt derzeit seinen Bachelor in Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen ab. Du erreichst ihn unter [boehler@julius.de](mailto:boehler@julius.de)

man gegen zu hohe Sprit- und Gaspreise und fürchtet einen Winter in der Kälte. So beginnen die Rechts- und Linkspopulisten im Jahr 2022 und vollziehen selbiges auch 2023.

Auf der Suche nach einer Allianz zur Weiterentwicklung der europäischen Verteidigungsfähigkeit bleibt demnach nur der klassische Wagen der politischen Mitte mit seinen vier Rädern FDP, CDU, SPD und B90/Grüne. Der SPD Kanzler etwa hatte bereits ein durchaus europaweites Ausrufezeichen mit seiner Rede zur „Zeitenwende“ gesetzt. Demzufolge sind auch die Erwartungen an die Reformbemühungen deutscher Abgeordneter, insbesondere derer der Ampelkoalition hoch.

Doch schon relativ zeitnah im Jahr 2022 ist wahrnehmbar, dass der Wagen der politischen Mitte einen Platten hat - vorne links, bei der SPD. Anstatt dem Anspruch einer Führungsrolle in der Gestaltung der „Defense Union“ zu übernehmen, tauscht die SPD lieber noch Taylor Swift Armbänder mit der Linkspartei. Die von Gerhard Schröder eingesetzte Putin-Era scheint trotz Angriffskrieg und Kriegsverbrechen auch im EU-Parlament noch treue Anhänger zu haben. So ist es schon zu Beginn das Vermeiden klarer Bekenntnisse zur intensiven Unterstützung der Ukraine mit Militärgütern, gefolgt von einer Aufnahme eines linken Wunschtraums einer vermeintlich diplomatischen Lösung des Konflikts. Gipfel der Peinlichkeit war letztlich die beinahe Aufnahme von AfD-Narrativen zu Energiepreisen und Versorgungssicherheit im Herbst 2022. Wer maßgeblich für diese Krisenlage verantwortlich war, muss ich wohl nicht extra benennen.

Diese Haltung schadet allerdings nicht nur der Reputation der Sozialdemokratie, sondern auch der Wahrnehmung Deutschlands innerhalb der Union. Beispielhaft dafür steht die Aussprache zur Rede von Olaf Scholz im EU-Parlament im Mai 2023, bei der nicht nur deutliche Kritik aus den

Reihen der MdEP der deutschen Koalitionspartner zu hören ist, sondern auch klare Enttäuschung bei den Abgeordneten der weiteren Mitgliedsstaaten.

## Freiheit braucht Verbündete

Die echte Allianz für ein wehrfähiges Europa war 2022-2023 also nur mit CDU, Grünen und Liberalen zu machen. Beeindruckend war auch hier der Nachdruck und die Entschlossenheit, mit der sich Grüne und CDU einen nahezu Bieterwettbewerb der Unterstützungsmaßnahmen lieferten. So entstand eine Genese der Begriffe über den Ausgang des Krieges. Von „die Ukraine muss gewinnen“ über „WIR müssen gewinnen“ bis hin zu „Russland muss verlieren“ und „Putin muss verlieren und zur Rechenschaft gezogen werden“ steigerte man sich im Zeitverlauf.

Die wohl wichtigste Veränderung ist allerdings, dass insbesondere David McAllister aus der CDU heraus den Blick nicht nur auf eine auskömmliche Unterstützung der Ukraine lenkt, sondern auf strukturelle Reformen der EU. Dieser Kurs kommt wohl dem am nächsten, was wir Liberale schon seit Jahren im Sinn haben. Eine wehrfähige EU bedeutet nicht nur die Anschaffung von Militärgütern, sondern tiefgreifende Veränderungen in den Handlungsstrukturen und Prozessen der EU.

Dennoch ist im Zeitverlauf sichtbar, dass die konkreten Äußerungen und Positionierungen zur Unterstützung der Ukraine im Zeitverlauf abnehmen, während die Populisten allerdings konstant bleiben. Es wird leiser, es wird weniger vehement. Hier liegt unsere Aufgabe. Die SPD ist offenkundig nicht in der Lage die Zeitenwende auszufüllen, die sie selbst skizziert hat. Daher müssen wir diejenigen sein, die dies ausfüllen: Mehr Europa, mehr Zusammenarbeit und mehr Entschlossenheit gegen autoritäre Bedrohungen. Die Debatten der letzten Monate haben gezeigt, dass es in Deutschland und Europa einen tiefgreifenden Diskurs über die Zukunft der europäischen Verteidigung gibt. Als Junge Liberale müssen wir in dieser Debatte aktiv laut und deutlich sein und für eine stärkere, entschlossener EU eintreten.

Denn eins ist klar: Sicherheitspolitik ist nicht mehr nur eine Frage nationaler Souveränität, sondern eine europäische Notwendigkeit. Wenn Europa ein geopolitischer Akteur sein will, muss es sich verteidigen können – und das geht nur gemeinsam.

# Bekenntnisse eines Transatlantikers

**Die Frage der Politisierung – also wann, wie und wo sich Heranwachsende politisieren – ist eine der spannenderen Fragen der Jugendforschung.**

**J**unge Menschen sind „zunehmend politisch“, heißt es in der Shell-Jugendstudie, aber wann diese Politisierung einsetzt, ist schwerlich zu beziffern. In der Regel lässt sich wohl von einem graduellen Prozess ausgehen, wonach das politische Interesse mit 12 oder 13 Jahren geweckt wird und sich dann mit 15 oder 16 in Form einer Jugendbewegung oder eines Parteintritts manifestiert. Konstantin Kuhle ist bekanntlich schon mit 14 in die Jungen Liberalen eingetreten, und gesellschaftspolitische Aktivisten sind heutzutage oft bereits vor der Oberstufe aktiv.

Die Gründe der Politisierung sind unterschiedlich. Es mag ein aktuelles Thema sein – Klimaschutz ist hier das naheliegende Beispiel. Oft sind es auch die Eltern, die eine „politische Attitüde“ vorleben. Und bei anderen ist es – ganz banal eigentlich – der Politikunterricht. In der Regel ist es wohl aber eine Kombination aus verschiedenen Elementen.

Wenn ich an meine Politisierung denke, nehmen die Vereinigten Staaten von Amerika eine zentrale Rolle ein. Das muss irgendwann in der 8. Klasse gewesen sein. Davor hatte ich zwar schon eine Zweite-Weltkriegs-Phase mit allerlei schlechten NTV-Dokus, und mit 13 hatte ich – ohne eine kongruente politische Haltung zu haben – Talkshow-Schlachten zwischen Sahara Wagenknecht und Christian Lindner bestaunt. Aber so richtig politisch machten mich erst die Reden von Barack Obama, die ich über den Englischunterricht kennenlernte. Man mag es cringe nennen – und wahrscheinlich war es das auch – aber seine Audacity of Hope-Rede konnte ich vor einigen Jahren wohl noch auswendig. In gewisser Weise war ich Transatlantiker, bevor ich überhaupt wusste, was ein Transatlantiker ist.

Ich kannte Clintons Third Way, bevor ich über Schröders Agenda-Reformen gelesen

hatte. Ich hatte Reagans Tear down this Wall-Rede gehört, bevor ich über Genscher auf dem Balkon der Botschaft in Prag las. Popkulturell war ich sowieso innerlich ein Amerikaner. Nur als Liberaler blieb ich zunächst auf europäischem Boden. Tocqueville kannte ich zwar schon aus dem Geschichtsunterricht, aber seine Beobachtungen über die Demokratie in Amerika prägten mich nachhaltig. Auch bei Raymond Aron bewunderte ich stets, dass er als Franzose ein ausgesprochener Transatlantiker war. Später las ich Isaiah Berlin, der immer wieder in die USA reiste. Und nicht zuletzt muss ich in diesen Zeiten an Ralf Dahrendorf denken, der die wütenden Europäer nach dem Beginn des Irak-Krieges warnte, dass sich eine europäische Identität nicht über Antiamerikanismus definieren sollte.

Auch ich konnte diesen progressiv-gaullistischen Antiamerikanismus nie verstehen. Klar, die Amerikaner waren kein perfekter Hegemon, nicht mal im Ansatz. Aber doch waren sie für mich Garant der liberalen Weltordnung, und diese ständige Tendenz in Universitäten, die Fehler der USA zu analysieren, wirkte auf mich immer wie ein Sägen an dem Ast, auf dem man saß. Wenn man die Geschichte hegelianisch überhöhen will, könnte man sagen, dass das 20. Jahrhundert von einem amerikanischen Weltgeist angetrieben wurde. Kein Wunder, dass ein amerikanischer Politikwissenschaftler mit dem Ende der Sowjetuni-

„  
Europa darf sich seinem Schicksal als reines Objekt der Weltgeschichte nicht hingeben. Wir müssen einen eigenen Platz in der Welt einnehmen – mit oder ohne die Vereinigten Staaten.“

on das Ende der Geschichte erkannte. Hier manifestierte sich nun die liberale Weltordnung im unipolaren Moment, von dem ausgehend die Demokratisierung der Welt eingeleitet wurde.

Ausgerechnet im Kosovo musste ich im vergangenen März daran denken, dass es wohl die Ironie der Geschichte war, dass ich zum Transatlantiker wurde, als das Ende des transatlantischen Zeitalters begonnen hatte. Vor der Statue Bill Clintons stehend, die in Pristina an das kühne Eingreifen der Amerikaner gegen den serbischen Aggressor erinnert, dachte ich an die erste Wahl Donald Trumps. Er hatte nicht nur gegen eine Clinton gewonnen, in jeglicher Hinsicht war er die Antithese zur Regierungszeit von Hillary Clintons Ehemann. Kein NAFTA, weniger NATO und kein internationales Klimaabkommen. Der liberale Optimismus der 90er Jahre war dem neoreaktionären Pessimismus des 21. Jahrhunderts gewichen. Und in beiden Fällen waren es die Vereinigten Staaten, in denen sich die Weltgeschichte als Ende und Neuanfang reflektierte.

Als junger Transatlantiker wollte ich davon wenig wissen. Die Präsidentschaft Trumps war schrecklich, keine Frage. Zusammen mit dem Brexit war das ein Ausblick auf einen krisenhaften Zeitgeist, der in diesem Jahrzehnt zum Normalfall wurde. Aber man hatte es, so mein Eindruck, mit einem vorüberziehenden Phänomen zu tun. Zu glorreich war die amerikanische Vergangenheit, zu eingebettet waren die Vereinigten Staaten in die Globalisierung und zu abhängig von ihren internationalen Partnerschaften. Die Midterms legten ein schnelles Ende von Trump nahe und auch der Zeitgeist hatte sich wieder gedreht. Biden gewann die Wahl, wie ich erwartet hatte. Aber vermutlich hatte er nur – das blendete auch ich aus – wegen der Pandemie gewonnen. Den Popular Vote gewann Biden deutlich, aber in den Swing States waren es nur wenige Tausend Stimmen, die einen erneuten Sieg verhinderten. Der Trumpismus war gekommen, um zu bleiben.

In den letzten vier Jahren konnte man hiervon wenig merken. Ja, auch Biden hatte manche Zollpolitik übernommen, auch die immensen Investitionen in die Industrie waren Symptom eines neuen amerikanischen Selbstverständnisses – was aus Angst vor den Chinesen auf weniger Freihandel und mehr Resilienz setzte. Im Äußeren aber regierte der wohl letzte richtige Transatlantiker. Mit 16 hatte ich zum ersten Mal seine Rede zum Kosovo-Krieg gehört,

in der er seinen Senatskollegen klarmachte, dass man von Europa keine Initiative erwarten könne: „Europe can't stay united without the United States, there is no moral center.“ Im Umgang mit dem russischen Angriffskrieg lief es ähnlich. Die Europäer taten nicht wenig, aber die Koordination und eine Vielzahl der Waffenlieferungen erfolgten über das Weiße Haus. Selten war die NATO in den letzten Jahren geeinter

sollten wir uns darauf noch verlassen? So zynisch es klingt: Der von J.D. Vance vorgebrachte Vorwurf, dass sich Europa von den USA entfernt habe, stimmt – nur unter umgekehrten Vorzeichen. In einer jüngst von der Financial Times veröffentlichten Studie zeigt sich, dass MAGA-Anhänger in ihren persönlichen Ansichten mittlerweile näher an einem durchschnittlichen Russen sind als an einem französischen Rechtspopulis-

nach China zurückkehren. Ich bin in diesen Tagen in Osteuropa unterwegs und musste an diese spekulative These denken. Mit der Weltgeschichte, diesem Großmächtespiel von expandierenden Nationen, hatte man hier nur schlechte Erfahrungen gemacht. Nicht ohne Grund hatte der polnische Schriftsteller Witold Gombrowicz einst die Maxime verkündet, dass man der Geschichte nur dann entfliehen könne, wenn man



als nach der russischen Invasion. Diese Eignigkeit täuschte die Europäer darüber hinweg, dass in nur wenigen Jahren die Rückkehr Trumps drohte.

Mit den Vereinigten Staaten, die ich im jugendlichen Eifer bewunderte, hat die zweite Trump-Regierung noch weniger zu tun als die erste. Was würde ein Reagan denken, wenn er sähe, wie sich Vance und Trump den Russen andienen und Selenskyj vor laufender Kamera brüskieren? Was würde Eisenhower sagen, wenn das internationale System, das er nach dem Zweiten Weltkrieg mühselig aufbaute, in wenigen Wochen zerstört wird? Zwölf Jahre nach Obama und Romney haben die USA einen ketaminabhängigen Oligarchen und einen korrupten Clan-Chef, die in ihrer Zerstörungswut auch noch als gegenseitige Katalysatoren wirken.

Jetzt kann man darauf hoffen, dass in drei Jahren dieser Spuk wieder einmal vorbei ist. Dass die Midterms Trump erneut das Repräsentantenhaus abnehmen und die Demokraten vielleicht irgendwann aus ihrem Dornröschenschlaf erwachen. Aber

ten. 40 bis 45 Prozent der amerikanischen Bevölkerung sind dem Ruf von Trump verfallen, der mehr dem russischen Traditionalismus als dem aufgeklärten Westen ähnelt.

Natürlich hoffe auch ich, dass die Vereinigten Staaten ab 2028 wieder von einem Demokraten regiert werden, dass die Hyperrealität der „reaktionären Futuristen“ um Elon Musk zerbricht und die amerikanische Gesellschaft aus ihrer Trump-Psychose erwacht. Aber mein Punkt ist: Wir können uns darauf nicht mehr verlassen. Die zweite Wahl Trumps ist eine Zäsur, wie es der russische Angriffskrieg auf die Ukraine war. Es gibt kein Zurück mehr in eine heile transatlantische Welt, so wenig wie es einen neuen modus vivendi mit dem russischen Regime geben kann. Ich schreibe all das als Transatlantiker mit gebrochenem Herzen: die neue Welt wartet nicht auf uns Europäer.

Der deutsche Philosoph Moritz Rudolph hat in seinem gleichnamigen Buch den „Weltgeist als Lachs“ beschrieben. Nach Hegel hatte die Geschichte in China begonnen und würde so, nach einem Aufenthalt in den Vereinigten Staaten, nun auch wieder

sich ihr widersetzt. Es mag sein, dass China am Ende der große Nutznießer des amerikanischen Isolationismus ist. Aber Europa darf sich seinem Schicksal als reines Objekt der Weltgeschichte nicht hingeben. Wir müssen einen eigenen Platz in der Welt einnehmen – mit oder ohne den Vereinigten Staaten.



**TEXT: NIKOLAI OTT (22)**  
studiert und arbeitet am Zentrum für Internationale Studien der TU Dresden. Bylines in der Wirtschaftswoche, im IPG Journal und Völkerrechtsblog. Wöchentlicher Newsletter unter: [liberalismanddiscontents.substack.com](https://liberalismanddiscontents.substack.com)

## Werde Teil unserer internationalen Arbeit!

**D**ie internationale Arbeit unseres Verbands ist für uns JuLis eine Herzensangelegenheit. Russlands Angriffskrieg in der Ukraine, Umgang mit dem Systemrivalen China, Verteidigung Israels Existenzrechts, Angriffe auf die Demokratie in der EU durch Rechtsstaatsfeinde wie Viktor Orbán, willkürliche Verhaftungen und Hinrichtungen durch das Mullah-Regime im Iran, Auswirkungen des Klimawandels auf ganze Kontinente - die Liste könnte ewig weitergehen. Wir JuLis wollen nicht zuschauen, sondern anpacken.

### Was ist das Internationale Komitee?

Das Internationale Komitee (kurz: IntKom) bildet das Herzstück unserer internationalen Arbeit und die wichtigste Unterstützung des International Officers. Mit seinen regionalen Teams baut das IntKom weltweit Partnerschaften auf und aus. Während die programmatische Arbeit der JuLis vom Bundesarbeitskreis Europa, Internationales und Verteidigung geprägt wird, arbeitet das IntKom eher organisatorisch und kommunikativ: Egal ob gemeinsa-

me Protestaktionen, Social Media-Kampagnen, Veranstaltungen oder einfach ein regelmäßiger Austausch mit Akteuren vor Ort - ohne unsere Partnerschaften könnten wir unseren Einsatz für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte nicht leisten. Im letzten Jahr haben sich über 150 JuLis in den verschiedenen Teams engagiert. Aus manchen Projekten sind inzwischen jährliche Traditionen geworden, und die Kreativität immer neuer Mitglieder kennt wirklich keine Grenzen.

### Du brauchst noch mehr Infos?

Solltest Du noch irgendwelche Fragen haben, melde Dich gern bei unserem International Officer Mats-Ole Maretzke. Du erreichst ihn am besten per E-Mail unter [international@julis.de](mailto:international@julis.de), in dringenden Fällen auch per WhatsApp unter [+4915252143640](tel:+4915252143640).



Nutze dafür das Formular, das Du über diesen QR-Code aufrufen kannst

## Jetzt bewerben - Leite einen Bundesarbeitskreis!

**W**ir Junge Liberale arbeiten stetig an neuen Ideen und politischen Konzepten. Hierfür haben wir auf Bundesebene die Bundesarbeitskreise (BAKs) eingerichtet, in denen themenbezogen diskutiert und an Anträgen gearbeitet wird. Die Bundesarbeitskreise sind also unsere Ideenschmiede! In den BAKs können sich alle Mitglieder einbringen und engagieren. Die Leitung der BAKs wird jährlich neu ausgeschrieben. Was Dich in der Leitung eines BAKs erwartet, wie die BAKs funktionieren und welche BAKs und Aufgabenbereiche es aktuell

gibt, findest du auf unserer Webseite. Den Zuschnitt der Bundesarbeitskreise haben wir teilweise angepasst. Die Leitung folgender BAKs wird jetzt ausgeschrieben:

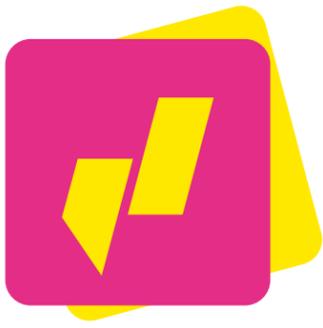
- **BAK Wirtschaft, Finanzen, Arbeit und Soziales**
- **BAK Digitales, Infrastruktur und Verkehr**
- **BAK Bildung, Forschung und Kultur**
- **BAK Innen, Recht und Migration**
- **BAK Klima & Umwelt**
- **BAK Europa, Internationales und Verteidigung**
- **BAK Liberaler Feminismus**
- **BAK Gesundheit und Pflege**

Wenn Du Lust hast, den Bundesvorstand in leitender Funktion in einem BAK zu unterstützen, dann bewirb Dich bis zum 27.04.2025 für die Leitung und/oder die stellvertretende Leitung eines BAKs.



Nutze dafür das Formular, das Du über diesen QR-Code aufrufen kannst

# Buchempfehlung



## Nie wieder hilflos! Ein Manifest in Zeiten des Krieges



**BUCHANGABEN**  
Autor: Norbert Röttgen  
Titel: Nie wieder hilflos!  
Ein Manifest in Zeiten des Krieges  
Verlag: dtv Verlag  
Seiten: 144  
ISBN: 978-3423262040

# N

orbert Röttgen, CDU-Politiker und einer der profiliertesten außenpolitischen Experten Deutschlands, analysiert im 2022 erschienenen Buch „Nie wieder hilflos! Ein Manifest in Zeiten des Krieges“ die aktuelle außenpolitische Lage. Dabei kritisiert Röttgen vor allem eins: Während die geopolitischen Spannungen zunehmen und

autoritäre Regimes die internationale Ordnung herausfordern, kommen Deutschland und Europa nicht aus der Reaktion heraus. Dabei müsste Europa zu einem proaktiven Akteur werden, der seine Interessen strategisch durchsetzt.

Er beginnt das Buch mit einer Bestandsaufnahme der jüngeren Geschichte. Dabei kommt der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, die Annexion der Krim, Corona, die Flüchtlingskrise 2015, die Evakuierung aus Afghanistan sowie der Rückzug der USA aus globalen Verpflichtungen zu Wort. Diese Ereignisse haben laut Röttgen eins gemeinsam: Wenn es auf Europa ankommt, dann wirkt es hilflos und schwach. Das liege daran, dass auf kurzfristiges Krisenmanagement statt auf langfristige Strategien gesetzt wird. Der Westen solle seine Interessen durch wirtschaftlichen Druck und im Zweifelsfall auch durch militärische Abschreckung durchsetzen. Insbesondere bei der deutschen Russlandpolitik habe die Hoffnung der politischen Annäherung durch wirtschaftliche Verflechtung enttäuscht, spätestens mit dem Ukrainekrieg. Gleichzeitig habe sich Deutschland mit der fatalen Abhängigkeit von russischem Gas europäisch und transatlantisch isoliert. Röttgen plädiert für eine eindeutige Sprache gegenüber autoritären Regimes.

Als weiteres Thema geht Röttgen auf die Rolle Chinas als strategischer Rivale ein. Er beschreibt die Politik der „Neuen Seidenstraße“ und die Ausweitung wirtschaftlicher Abhängigkeiten. Man dürfe China nicht als reinen Handelspartner sehen, sondern immer geopolitische Aspekte mitberücksichtigen. Für die strategische Autonomie Europas sei es essenziell, Abhängigkeiten zu reduzieren und eigene Interessen selbstbewusst zu vertreten - auch gegenüber den USA. Besonders im Hinblick auf eine mögliche erneute Amtszeit Trumps sei es wichtig, ein stärkeres europäisches Engagement in der Sicherheitspolitik zu erreichen - eine Aussage, die wir nun 2025 bitter bestätigen können.

Neben außenpolitischen Erwägungen betont Röttgen auch innenpolitische Komponenten. Durch diverse Maßnahmen

versuchen autoritäre Machthaber in der ganzen Welt, unsere Demokratie zu untergraben. Dem müssen wir uns entgegenstellen durch gesellschaftliche Resilienz, welche für ihn besonders durch Bildung, Medienkompetenz und ein starkes zivilgesellschaftliches Engagement erreicht werden kann. Nur so können Desinformation, Extremismus und autoritäre Einflüsse im Inneren wirksam entgegengetreten werden.

So bietet „Nie wieder hilflos“ eine Perspektive für eine neue Außenpolitik, die für überzeugte Europäer inspirierend wirken kann. Röttgens Appell, sich aktiv in die politische Debatte einzubringen und Verantwortung zu übernehmen, ob persönlich oder als Europa, dürfte gerade bei uns Jungen Liberalen auf fruchtbaren Boden fallen.

Ich kann die Lektüre des Buches sehr empfehlen. Durch seinen sehr verständlichen Schreibstil macht Röttgen es auch außenpolitischen Laien einfach zu folgen und schafft auf nur 144 Seiten dennoch einen Rundumschlag der aktuellen Missstände. Doch nicht nur das, das Buch ist gleichzeitig ein Plädoyer für eine selbstbewusste und wertebasierte Außenpolitik. Dabei fordert er eine grundlegende Neuausrichtung der deutschen und europäischen Außenpolitik und appelliert dennoch an die Verantwortung jedes Einzelnen, für Freiheit und Demokratie einzustehen. Ein Buch, das zum Nachdenken anregt.



**TEXT: FINN PFALLER (22)**  
studiert Mathematik im Master of Science an der Universität Tübingen und ist Kreisvorsitzender der JuLis Hohenlohe. Du erreichst ihn unter [finn.pfaller@julis.de](mailto:finn.pfaller@julis.de)



### Impressum

jung+liberal ist das MitgliederMagazin des Bundesverbandes der Jungen Liberalen. Es erscheint viermal jährlich. Zu beziehen ist jung+liberal per Abonnement, Mitglieder der Jungen Liberalen erhalten das Magazin automatisch im Rahmen ihrer Mitgliedschaft. jung+liberal wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

### Herausgeber:

Bundesverband Junge Liberale e.V.  
Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin  
Telefon: (030) 680 78 55-0  
Telefax: (030) 680 78 55-22  
E-Mail: [info@julis.de](mailto:info@julis.de)

Chefredaktion (V.i.S.d.P.):

Pascal Schejnoha ([schejnoha@julis.de](mailto:schejnoha@julis.de))

AutorInnen: Daniel Böhler, Franziska Brandmann, Paavo Czwikla, Julia Hehl, Helena Herzig, Kerry Hoppe, Victoria Kamprath, Mats-Ole Maretzke, Nikolai Ott, Finn Pfaller, Maximilian Reiter, Bastian Ruhl, Max Steinmann

Auflage: 11.000 Exemplare  
Gestaltung: Sebastian Ritschel

**Mit dem Namen des Autors versehene Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.** Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht, Belegexemplar erbeten. Für unverlangt eingesandte Fotos und Manuskripte übernehmen wir keine Haftung. Meinungsbeiträge, insbesondere von Gastautoren im Rahmen der Manöverkritik, werden weder inhaltlich noch redaktionell, lediglich auf Rechtschreibung, überarbeitet. Bei Fragen zur Ausgabe, für eine Aufnahme in den Autorenverteiler, bezüglich Leserbriefe und Blattkritik bitte einfach eine E-Mail an [schejnoha@julis.de](mailto:schejnoha@julis.de).

Bildnachweise  
© JuLis/privat, Berlin  
Titelfoto: Adobe Stock  
Illustrationen und Fotos:  
Adobe Stock: S.4 (4), S.10, S.18, S.20 (3), S.22, S.24 (2), S.27, S.28, S.30, S.35  
Unsplash.com: S.14, S.24, S.30  
Wikipedia.org: S.15 Superbass / CC-BY-SA-4.0 (via Wikimedia Commons), Link: [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2023-10-30-Gerhart\\_Baum-Hart\\_aber\\_fair-1474.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2023-10-30-Gerhart_Baum-Hart_aber_fair-1474.jpg)

Dieses Magazin wird gefördert vom



# WIR SIND DIE MEDIZINISCHER- FORTSCHRITT- VERSICHERUNG.

Die PKV fördert innovative Behandlungsmethoden,  
neue Medikamente und digitale Gesundheitslösungen.  
Das verbessert die medizinische Versorgung für alle.



Mehr Informationen unter:  
[www.pkv.de/besser-für-alle](http://www.pkv.de/besser-für-alle)



Verband der Privaten  
Krankenversicherung